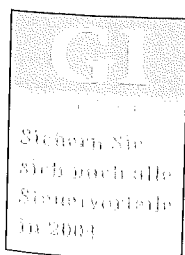


## Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

### INHALT:

<b>Editorial</b>	Seite 172
<b>GI Aktuell</b>	Seite 172
<b>GI Leitsätze</b>	Seite 173, 199
<b>Fristenkontrolle</b>	Seite 173
Berufungsbegründungsfrist / Kein Urteil 1. Instanz in der Akte / Erkrankung, Darlegungslast (BGH, Beschl. v. 17.5.2004 - II ZB 14/03)	
<b>Fristenkontrolle</b>	Seite 175
Faxübermittlung / Sendezeit / PC-Absturz (BGH, Beschl. v. 17.5.2004 - II ZB 22/03)	
<b>Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters</b>	Seite 178
Arbeitsergebnisse / Herausgabepflicht / DATEV-Daten / Anmerkung RA - FAS - Dr. Gräfe (BGH, Urt. v. 11.3.2004 - IX ZR 178/03)	
<b>Steuerberaterhaftung</b>	Seite 180
Verjährungsbeginn / Treuwidrigkeit / Fehler in Folgeerklärung und Belehrungspflicht (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.3.2004 - 23 U 80/03)	
<b>Honorar des Steuerberaters</b>	Seite 182
Rückforderung des Vorschusses / Höchstgebühr bei Selbst- anzeige? / StBGebV oder RVG? / Einforderbarkeit (OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.3.2004 - 23 U 66/03)	
<b>Steuerberaterhaftung</b>	Seite 185
Abfindungsvergleich / Beratungsfehler (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.1.2004 - 23 U 68/03)	
<b>Anwaltshaftung</b>	Seite 191
Fristverlängerungsantrag / Berufungsbegründung, LAG / Abweichende Praxis eines Senats / Fachanwalt (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.1.2004 - I-24 U 194/03)	
<b>Steuerberaterhaftung</b>	Seite 195
Belehrungspflicht / Vorsteuer, Rechnung / Verjährung, § 68 StBerG / Einheitlicher Beginn, Steuern und Nebenforderungen / Erklärung eines Sozios (OLG Düsseldorf, Urt. v. 14.10.2003 - 23 U 208/02)	
<b>GI Hinweis</b>	Seite 199
<b>Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis</b>	Seite 200



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

in zwei Urteilen befasst sich der BGH mit in der praktischen Arbeit „**typischen**“ **Fristversäumnissen** und der Notwendigkeit, für diese Fälle Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Dabei geht es einmal um den akuten Krankheitseintritt eines Anwalts und zum zweiten den „Computerabsturz“ im Bereich des Faxempfängers.

Nun hat der BGH sich auch der **Herausgabepflicht der bei der DATEV gespeicherten Mandantendaten** zugewandt. Stellen sie bereits das vertraglich geschuldete Arbeitsergebnis des Steuerberaters oder nur dessen vorbereitende Arbeitsleistungen dar? Sein Arbeitsergebnis müsste er nur im Austausch gegen das versprochene Honorar herausgeben, d.h. die Daten auf den neuen Steuerberater übertragen. Der BGH hat die Revision zur weiteren Aufklärung an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

Zum **Verjährungsbeginn des Schadenersatzanspruchs gegen Steuerberater** kommt es nicht auf subjektive Umstände – Kenntnis des Mandanten – an. Das wiederholt der BGH und bestätigt, dass dessen Verpflichtung, über den Fehler und die Verjährungsfrist den Mandanten zu belehren, entfallen kann, wenn dieser von dem Nachfolgeberater hierüber informiert wurde. Er muss bei Dauermantaten in jedem Jahr die Steuererklärung erneut prüfen, d.h. ein Fehler des Vorjahres muss dann auffallen. Er hat dann auch Veranlassung, den im Vorjahr steuerrechtlich unrichtig beurteilten Sachverhalt erneut zu prüfen und den Mandanten **über den Fehler und die Verjährung des Schadenersatzanspruchs zu belehren** (OLG Düsseldorf).

Bei **Mehrfachberuflern** – Steuerberater und Rechtsanwalt – kann bei gegen diese gerichteten Schadenersatzansprüchen die Wahl der Verjährungsvorschrift problematisch sein, wenn die Vertragsparteien sich nicht eindeutig dahin erklärt haben, in welcher Eigenschaft der Berater mandatiert wurde. Wenn steuerrechtliche Fragen einen wesentlichen Vertragsgegenstand bilden, ist bei einem Steuerberater und Rechtsanwalt davon auszugehen, dass eine Beratung als Steuerberater geschuldet wurde. Auch die **Erstellung einer Selbstanzeige** ist steuerberatende Tätigkeit. Sie ergänzt die Pflicht zur Steuererklärung. Zur Gebührenbemessung: Die Selbstanzeige ist für den Mandanten in der Regel zwar von größter Bedeutung. Dies reicht aber nicht aus, um die **Höchstgebühr** dafür zu verlangen. Kommt es trotz der Selbstanzeige zu einem **Gespräch mit der Steuerfahndung**, kann eine Besprechungsgebühr und ein Tage- und Abwesenheitsgeld anfallen (OLG Düsseldorf).

Last but not least: Der Anspruch des Mandanten auf **Honorarrückzahlung** bezieht sich nur auf den **Nettobetrag**. Die Mehrwertsteuer hat er im Zweifel als Vorsteuer geltend gemacht.



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### BFH: Nichtberücksichtigung von Gemeinkosten und von Steuerberatungskosten beschränkt Steuerpflichtiger gemeinschaftsrechtswidrig?

Der I. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat in den zwei Revisionsverfahren I R 93/03 und I R 113/03 den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung über gemeinschaftsrechtliche Fragen angerufen. Beide Vorabentscheidungsersuchen betreffen Benachteiligungen, denen im Inland beschränkt steuerpflichtige Angehörige eines anderen Mitgliedsstaates gegenüber unbeschränkt Steuerpflichtigen ausgesetzt sind:

1. Die Körperschaftsteuer auf Einkünfte, die eine im Inland beschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft aus sportlichen Darbietungen erzielt, wird gemäß § 50a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) i.V.m. § 8 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) im Wege des Steuerabzugs erhoben. Allerdings gilt die Körperschaftsteuer mit diesem Steuerabzug nicht als abgegolten, falls die mit den Einnahmen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben höher sind als die Hälfte der Einnahmen (§ 50 Abs. 5 Satz 4 Nr. 3 Satz 2 EStG).

Der Steuerpflichtige kann unter diesen Umständen die völlige oder teilweise Erstattung der einbehaltenen und abgeführten Steuer beantragen (§ 50 Abs. 5 Satz 4 Nr. 3 Satz 3 EStG). Durch die Erstattungsmöglichkeit soll eine Überbesteuerung des beschränkt Steuerpflichtigen vermieden werden.

In der Revisionssache I R 93/03 war der hiernach gestellte Steuererstattungsantrag der Klägerin, einer portugiesischen Kapitalgesellschaft, abgelehnt worden, weil die dieser entstandenen Kosten, soweit sie in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang mit den inländischen Einnahmen aus pferdesportlichen Veranstaltungen standen, nicht höher als die Hälfte dieser Einnahmen waren. Diese Grenze wurde nur überschritten, wenn man die von der Klägerin ebenfalls geltend gemachten – mittelbaren – Gemeinkosten einbezog, was § 50 Abs. 5 Satz 4 Nr. 3 Satz 2 EStG aber nicht zulässt.

Der I. Senat des BFH bezweifelt, dass die darin liegende Ungleichbehandlung gegenüber einem unbeschränkt Steuerpflichtigen, bei dem es keine derartige Abzugsbeschränkung gibt, in Einklang mit den gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverboten steht.

## Fristenkontrolle

2. Anders als ein unbeschränkt Steuerpflichtiger kann ein im Inland beschränkt Steuerpflichtiger sein Einkommen nicht um Steuerberatungskosten als Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 6 EStG vermindern (§ 50 Abs. 1 Satz 5 EStG). In der Revisionssache I R 113/03 betraf dies den in den Niederlanden wohnenden Kläger, der in Deutschland Einkünfte als Mitunternehmer aus einer gewerblich tätigen inländischen Kommanditgesellschaft erzielte und dem Kosten durch die Inanspruchnahme eines Steuerberaters für die Erstellung seiner inländischen Einkommensteuererklärung entstanden. Der I. Senat des BFH hat auch hier Bedenken, dass die Ungleichbehandlung gegenüber einem unbeschränkt Steuerpflichtigen gemeinschaftsrechtlich ist.

Pressemitteilung d. BFH v. 18.8.2004

- Berufungsbegründungsfrist
  - Kein Urteil 1. Instanz in der Akte
  - Erkrankung, Darlegungslast
- (BGH, Beschl. v. 17.5.2004 - II ZB 14/03)

### Leitsätze:

1. Eine Versäumung der Berufungsbegründungsfrist, weil ein Prozessbevollmächtigter erst am Tage ihres Ablaufs das Fehlen einer an das Berufungsgericht „mit der Bitte um Rückgabe“ übersandten Abschrift des angefochtenen Urteils bemerkt hat, ist regelmäßig nicht unverschuldet i.S.v. § 233 ZPO.

2. Zum Umfang der Darlegungslast bei einem auf Erkrankung des Prozessbevollmächtigten gestützten Wiedereinsetzungsantrag.

## GI Leitsätze

### Steuerhaftung/Steuerberaterauftrag/GmbH-Geschäftsführer

1. Mangels eigenen Verschuldens haftet ein Geschäftsführer einer GmbH nicht nach § 69 AO 1977, wenn er auf die Angaben des von ihm beauftragten Steuerberaters vertraut hat, ihn persönlich kein Auswahl- und Überwachungsverschulden trifft und er keinen Anlass hat, die inhaltliche Richtigkeit der von dem steuerlichen Berater gefertigten Steuererklärung der GmbH zu überprüfen.

2. Bei der Berechnung der Haftungssumme und der Ermittlung der Tilgungsquote muss eine vermeintliche Tätigkeitsvordringlichkeit bestimmter Zahlungsverpflichtungen unberücksichtigt bleiben. Die anzustellende Vergleichsrechnung soll nicht mit unübersehbaren Ausnahmen und Komplikationen belastet werden. (BFH, Beschl. v. 4.5.2004 - VII B 318/03)

### Vorlage beim Bundesverfassungsgericht zur Verfassungswidrigkeit der Gewerbesteuer

Gewerbesteuerpflicht von Gewerbebetrieben bzw. gewerblich geprägten Gesellschaften des bürgerlichen Rechts im Gegensatz zur Gewerbesteuerbefreiung für die freien Berufe gleichheits- und verfassungswidrig? - Entscheidungssperre nach Art. 100 Abs. 1 GG und erneute Vorlage an das BVerfG. (Niedersächsisches FG, Vorlagebeschl. v. 21.4.2004 - 4 K 317/91)

### Aus den Gründen:

#### I.

Der Kläger hat gegen das am 12.12.2002 zugestellte Urteil des Landgerichts, durch das seine Klage in einer gesellschaftsrechtlichen Streitigkeit abgewiesen worden ist, rechtzeitig Berufung eingelegt und eine Ausfertigung des erstinstanzlichen Urteils „mit der Bitte um Rückgabe“ beigefügt. Mit Schriftsatz vom 10.2.2003 beantragte er durch seinen - bereits in 1. Instanz mit der Sache befassten - Prozessbevollmächtigten, RA Prof. Dr. S., eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 12.3.2003 mit der Begründung: „Wegen Arbeitsüberlastung war es bisher leider nicht möglich, die schwierige Angelegenheit mit der nötigen Sorgfalt zu durchdenken“.

Nach antragsgemäßer Fristverlängerung beantragte er mit Telefax vom 12.3.2003 eine erneute Verlängerung bis 12.4.2003 mit der Begründung, bei Vorlage der Akte am 12.3. sei festgestellt worden, dass sich darin kein Exemplar des erstinstanzlichen Urteils mehr befinden habe, weil die mit der Berufungsschrift übersandte Ausfertigung entgegen seiner Bitte von dem Berufungsgericht nicht zurückgesandt worden sei.

Mit gleicher Begründung beantragte RA Prof. Dr. S. am 13.3.2003 „vorsorglich“ Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist, nachdem er zuvor - auf telefonischen Hinweis der Senats-

vorsitzenden des Berufungsgerichts – die Beklagten erfolglos um Zustimmung zu der primär beantragten Fristverlängerung ersucht hatte.

Am 25.3.2003 beantragte der (in A. ansässige) RA Prof. Dr. S. erneut Wiedereinsetzung, wobei er nunmehr anwaltlich versicherte, es sei ihm wegen einer Augenerkrankung in den Tagen vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist unmöglich gewesen, Akten zu bearbeiten. Er habe sich deshalb an einen Spezialisten in B. gewandt, der ihn mit einer – zur Glaubhaftmachung vorgelegten – E-Mail vom 12.3.2003 unter dem Betreff „Re: Hornhautdystrophie“ zu einer eventuell in Frage kommenden Laserbehandlung in seine Privatsprechstunde gebeten habe.

Durch Beschluss vom 11.4.2003 hat das Berufungsgericht – nach vorheriger Ablehnung der beantragten Fristverlängerung – die Berufung des Klägers unter Zurückweisung seines Wiedereinsetzungsantrages als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die Rechtsbeschwerde des Klägers.

## II.

Die gemäß §§ 238 Abs. 2, 522 Abs. 1 Satz 4, 574 Abs. 1 Nr. 1 ZPO statthafte Rechtsbeschwerde ist gemäß § 574 Abs. 2 ZPO unzulässig, weil die Rechtssache weder grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert.

Es handelt sich um eine der Verallgemeinerung nicht zugängliche Einzelfallentscheidung. Die Ansicht des Berufungsgerichts, der Kläger habe nicht dargetan oder jedenfalls nicht glaubhaft gemacht, dass sein Prozessbevollmächtigter, dessen Verschulden er sich zurechnen lassen müsse (§ 85 Abs. 2 ZPO), an der Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist unverschuldet gehindert gewesen sei (§§ 233, 236 Abs. 2 Satz 1, 294 ZPO), überspannt unter den vorliegenden Umständen auch nicht die an einen Wiedereinsetzungsgrund zu stellenden Anforderungen.

1. Soweit sich der Kläger darauf beruft, dass sein Prozessbevollmächtigter wegen des ihm fehlenden erstinstanzlichen Urteils an der Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist gehindert gewesen sei, führt das nicht zum Erfolg. Wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, versteht es sich von selbst, **dass ein pflichtbewusster Anwalt sich nicht der Unterlagen**

**begibt, die er zur Fertigung einer Berufungsbegründung benötigt.** Unverständlich ist daher schon, dass RA Prof. Dr. S. von den beiden in seinem Besitz befindlichen Urteilsabschriften eine an den Kläger und die andere an das Gericht übersandte, ohne sich eine Kopie für seine Handakten zu fertigen. Das gilt umso mehr, als seine gegenüber dem Gericht geäußerte floskelhafte „Bitte um Rückgabe“ nicht erkennen ließ, dass er unverzügliche Rückgabe erwartete und hierauf zur Fertigung der Berufungsbegründung angewiesen sei, zumal er in der Berufungsschrift die Durchführung der Berufung ausdrücklich noch als offen bezeichnet hat.

Ob unter diesen Umständen überhaupt ein Mitverschulden des Gerichts an der Fristverschuldung anzunehmen ist, erscheint mehr als fraglich, kann aber dahinstehen, weil ein Verschulden des RA Prof. Dr. S. an der Fristversäumung dadurch weder ausgeschlossen würde (vgl. BGH, *Urt. v. 5.4.1990 – VII ZR 215/89*, BGHR-ZPO § 233 – *Verschulden 5*; *Beschl. v. 4.2.1992 – X ZB 18/91*, NJW 1992, 1700; *Beschl. v. 16.6.1994 – V ZB 12/94*, NJW 1994, 2299; *Beschl. v. 19.10.1994 – I ZB 7/94*, NJW-RR 1995, 574, 575; *Urt. v. 6.5.1999 – VII ZR 396/98*, *VersR* 2000, 515 f) noch bei wertender Betrachtung in den Hintergrund träte (vgl. *Senatsbeschl. v. 26.4.2004 – II ZB 6/03 z.V.b.*).

Die bisher **fehlende Rücksendung** der an das Berufungsgericht übersandten Urteilsausfertigung **hätte RA Prof. Dr. S. bereits auffallen und ihn zu einem „Nachhaken“ veranlassen müssen, als er seinen ersten – mit der Schwierigkeit der Sache begründeten – Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist vom 10.2.2003 stellte** und ihm die Akten zu diesem Zweck vorgelegt wurden. Er konnte sich unter den gegebenen Umständen nicht ohne eigenes Zutun darauf verlassen, dass ihm die Urteilsausfertigung irgendwann doch noch rechtzeitig vor Ablauf der ggf. verlängerten Berufungsbegründungsfrist zugehen werde.

Entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers handelt es sich hier nicht um die Perpetuierung eines anwaltlichen Fehlers durch rechtsfehlerhaftes Unterlassen eines Gerichts (dazu *BVerfG, Beschl. v. 12.8.2002 – 1 BvR 399/02*, NJW 2002, 2937), sondern umgekehrt um die Perpetuierung eines Unterlassens des Gerichts durch einen anwaltlichen Fehler. Nach allem hat es der Prozessbevollmächtigte des Klägers zumindest überwiegend selbst zu vertreten, dass ihm bis zum Ablauf der Berufungsbegründungsfrist keine Urteilsabschrift zur Verfügung stand.

2. Das von RA Prof. Dr. S. zu vertretende Fehlen der Urteilsabschrift stünde einer Wiedereinsetzung gemäß § 233 ZPO allerdings dann nicht entgegen, wenn er ohnehin aus einem anderen Grund, nämlich wegen der von ihm angegebenen **Augenerkrankung (Hornhautdystrophie)**, unverschuldet gehindert war, die Frist einzuhalten (vgl. Zöller/Greger, ZPO 24. Aufl., § 233 Rdnr. 22a m.w.N.).

a) Das Berufungsgericht hat dies nicht für hinreichend dargetan und glaubhaft gemacht erachtet.

Dabei hat es – entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers – nicht die Erkrankung als solche, sondern die mit ihr begründete „**Unmöglichkeit der Aktenbearbeitung**“ deshalb in Zweifel gezogen, weil der Klägervertreter sich weder in seinem Fristverlängerungsantrag vom 12.3.2003 noch in seinem ersten Wiedereinsetzungsantrag vom 13.3.2003 noch in der verspätet eingereichten Berufungsbegründung vom 17.3.2003 hierauf berufen, sondern diesen angeblichen Hinderungsgrund erst nachträglich – nach Stellungnahmen der Gegenseite – mit seinem erneuten Wiedereinsetzungsgesuch vom 25.3.2003 geltend gemacht hat, obwohl in Anbetracht des drohenden Rechtsmittelverlustes aller Anlass bestanden hätte, den angeblich zwingenden Hinderungsgrund, hätte er vorgelegen, sogleich vorzutragen.

Weiter hat das Berufungsgericht zu Recht substantiierte Angaben über **die Art und das Ausmaß der behaupteten Sehstörungen** vermisst und darauf hingewiesen, dass die in der E-Mail des B. Arztes verwendete Bezeichnung „Hornhautdystrophie“ (erbliche Hornhauttrübung; vgl. *Pschyrembel, Klinisches Wörterbuch* 259. Aufl.) eine gravierende, zur Unmöglichkeit der Aktenbearbeitung führende Sehstörung nicht belege, zumal RA Prof. Dr. S. im weiteren Verlauf zur Fertigung von Schriftsätzen durchaus in der Lage gewesen sei.

Insgesamt handelt es sich insoweit nicht um Fragen i.S.v. § 574 Abs. 2 ZPO, sondern um die richterliche Würdigung des Klägervorbringens im Rahmen von § 294 ZPO, bei der dem Berufungsgericht keine grundrechtsrelevanten Fehler unterlaufen sind.

**Entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers muss das Gericht eine anwaltliche Versicherung nicht ungeprüft hinnehmen, sondern hat sie daraufhin zu prüfen und zu würdigen,**

**ob ihr Inhalt in Anbetracht der sonstigen Umstände des Einzelfalls überwiegend wahrscheinlich ist** (vgl. BGH, Beschl. v. 5.5.1976 – IV ZB 49/75, VersR 1976, 928; Zöller/Greger, a.a.O., § 294 Rdnr. 6).

b) Davon abgesehen bliebe selbst unter Zugrundelegung des Klägervorbringens unklar, ob die angebliche Unfähigkeit des RA Prof. Dr. S. zur Aktenbearbeitung „in den Tagen vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist“ auch noch am Tage ihres Ablaufs (12.3.2003) anhielt.

Dagegen spricht sein – (nur) auf das Fehlen der Urteilsabschrift gestützter – Fristverlängerungsantrag von diesem Tage. Mit einem Erfolg dieses Antrags ohne Zustimmung der Gegenseite konnte er gemäß § 520 Abs. 2 Satz 2 ZPO nicht rechnen. Dass er an diesem Tag gesundheitlich (noch) nicht in der Lage gewesen wäre, statt des erwartbar erfolglosen Fristverlängerungsantrags die verspätet eingereichte, dreiseitige Berufungsbegründung zu fertigen, ist nicht dargetan.

**Offen ist weiter, ob die anscheinend in den Tagen davor akut aufgetretene Krankheitsphase vorhersehbar zum ersten oder aber zum wiederholten Mal (rezidivierend) aufgetreten ist und RA Prof. Dr. S. es versäumt hat, rechtzeitig für einen Vertreter zu sorgen** (vgl. *Senatsbeschl. v. 26.2.1996 – II ZB 7/95, NJW 1996, 1540*). Gegen eine **erstmalige Krankheitsphase** spricht, dass RA Prof. Dr. S. sich nicht an einen ortsansässigen Augenarzt in A., sondern an einen Professor für Augenheilkunde in B. gewandt hat und diesem die Diagnose des Grundleidens offenbar bekannt war.

Offen ist schließlich, ob RA Prof. Dr. S. die Zustimmung der Beklagten zu einer nochmaligen Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist hätte erreichen können, wenn er sich mit deren Anwälten bei Beginn seiner Krankheitsphase unter Hinweis auf diese ins Benehmen gesetzt hätte.

All diese Unklarheiten gehen zulasten des Klägers, weil er gemäß § 236 Abs. 2 Satz 1 ZPO das Fehlen eines (ihm zuzurechnenden) Verschuldens seines Anwalts an der Fristversäumung darzulegen und glaubhaft zu machen hat. **Bleibt die Möglichkeit einer verschuldeten Fristversäumung offen, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt werden** (BGH, Beschl. v. 18.10.1995 – I ZB 15/95, NJW 1996, 319; Zöller/Greger, a.a.O., § 233 Rdnr. 22c m.w.N.).

## Fristenkontrolle

- Faxübermittlung
  - Sendezeit
  - PC-Absturz
- (BGH, Beschl. v. 17.5.2004 - II ZB 22/03)

### Leitsätze:

1. Wird ein Wiedereinsetzungsantrag auf die unerwartet lange Dauer einer Telefaxübermittlung gestützt, hat das Gericht die zum Vergleich vorgelegten Sendeberichte zu würdigen (vgl. BGH, Beschl. v. 1.2.2001 - V ZB 33/00, NJW-RR 2001, 916).

2. Ein auf einen vorübergehenden „Computerdefekt“ oder „Computerabsturz“ gestützter Wiedereinsetzungsantrag bedarf näherer Darlegungen zur Art des Defektes und seiner Behebung.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die von dem Kläger einzuhaltende Berufungsbegründungsfrist lief am 3.3.2003 ab. Die letzte, u.a. die Unterschrift des Prozessbevollmächtigten des Klägers enthaltende Seite der per Fax an das Oberlandesgericht übermittelten Berufungsbegründung wurde nach den automatischen Aufzeichnungen des Empfangsgerätes, das über eine funkgesteuerte Zeitmessung verfügt, am 4.3.2003 00.01 Uhr empfangen und elektronisch abgespeichert. Die Übertragungszeit für 34 Seiten betrug nach dem Sendebericht des Klägers 17,51 Min., nach den Aufzeichnungen des Empfangsgerätes 17,55 Min., bei einer Übertragungsgeschwindigkeit von 9.600 Baud.

Kurz darauf wurden 2 von bisher fehlenden 5 Seiten der insgesamt 39-seitigen Berufungsbegründung nachübermittelt und von dem Empfangsgerät um 00.05 Uhr abgespeichert. Der Kläger meint, der Text der nur knapp halbseitig beschriebenen Seite 39 mit der Unterschrift müsse von dem Empfangsgerät vor 00.00 Uhr empfangen worden sein.

Hilfsweise hat der Kläger, der Rechtsanwalt ist, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und dazu vorgetragen, er habe die Berufungsbegründung am 3.3. vor 24.00 Uhr in der Kanzlei seines Prozessbevollmächtigten selbst „(fertig-)geschrieben“. Dieser habe sie nach Prüfung unterzeichnet.

Die Berufungsbegründung habe wegen eines „nicht nachvollziehbaren Computerdefektes (Abstürzen der Anlage)“ erst um 23.40 Uhr mit ca. 1,5 Std. Verspätung ausgedruckt werden können. Der Defekt der seit mindestens 1,5 Jahren störungsfrei arbeitenden Computeranlage sei nicht vorhersehbar gewesen.

Im Übrigen hätten der Kläger und sein Prozessbevollmächtigter aufgrund ihrer bisherigen, durch vorgelegte Sendeberichte belegten Erfahrungen darauf vertraut, dass nicht nur ca. 2, sondern knapp 4 Seiten/Min. „durchgefakt“ werden könnten. Mit der ungewöhnlich langen Übertragungsdauer hätten sie nicht rechnen müssen. Die Richtigkeit dieses Vortrags haben beide anwaltlich versichert.

Das Berufungsgericht hat die Berufungsbegründung für verspätet erachtet und die Berufung des Klägers unter Zurückweisung seines Wiedereinsetzungsantrages als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die Rechtsbeschwerde des Klägers.

#### II.

Die Rechtsbeschwerde ist gemäß §§ 238 Abs. 2, 522 Abs. 1 Satz 4, 574 Abs. 1 Nr. 1 ZPO statthaft und auch im Übrigen gemäß § 574 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zulässig, weil die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert.

1. Soweit das Berufungsgericht den Eingang der Berufungsbegründung für verspätet erachtet hat, wird dies von dem Beschwerdeführer nicht gemäß § 575 Abs. 3 Nr. 2, 3 ZPO gerügt. Eine Prüfung von Amts wegen findet insoweit in vorliegenden Rechtsbeschwerdeverfahren nicht statt, weil dessen Gegenstand allein die gegen den Verwerfungsbeschluss des Berufungsgerichts erhobenen Rügen sind (vgl. BGH, Beschl. v. 18.9.2003 - IX ZB 40/03, Umdr. S. 6, 7).

Im Übrigen ist die angefochtene Entscheidung in diesem Punkt auch nicht zu beanstanden, weil der Kläger den von ihm zu führenden Nachweis des rechtzeitigen Eingangs seiner Berufungsbegründung mit der die Unterschrift seines Prozessbevollmächtigten enthaltenden letzten Seite nicht geführt hat und **eine Störung des Empfangsgerätes oder eine im technischen Verantwortungsbereich der Empfangsstelle liegende Ungenauigkeit der Zeitmessung nicht ersichtlich ist** (vgl. BGH, Beschl. v. 4.5.1994 - XII ZB 21/94, WM 1994, 1349).

Dass gemäß der vorliegenden Praxis des Oberlandesgerichts München der Zeitpunkt des nächtlichen Eingangs von Faxsendungen wegen der Verwendung eines mit Faxkarte ausgestatteten PC nicht nach demjenigen ihres Ausdrucks, sondern ihrer **elektronischen Speicherung** bestimmt wird und der **Ausdruck regelmäßig erst am nächsten Morgen** erfolgt, gereicht dem Kläger jedenfalls nicht zum Nachteil.

2. Das Berufungsgericht meint, die für die Faxübermittlung benötigte Zeit von 17,55 Min. sei für den Kläger oder dessen Prozessbevollmächtigten vorhersehbar gewesen und ergebe daher keinen Wiedereinsetzungsgrund i.S.v. § 233 ZPO. Die Sendezeit hänge von der Zahl der übermittelten Signale, d.h. der Schriftzeichen, ab. Die vorgetragene Differenz von 2 gegenüber 3 Seiten/Min. (= Minimaldifferenz) halte sich im erwartbaren Variationsbereich und sei als Sicherheitskarenz zu berücksichtigen gewesen.

Diese Begründung steht mit den im Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 1.2.2001 (*V ZB 33/00, NJW-RR 2001, 916*) aufgestellten Grundsätzen nicht in Einklang und verkürzt den Anspruch des Klägers auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes (Art. 2 Abs. 1 GG), was die Rechtsbeschwerde nach § 574 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 ZPO eröffnet (*vgl. BGHZ 151, 221; BGH, Beschl. v. 30.4.2003 - V ZB 71/02, NJW 2003, 2388*).

Abgesehen davon, dass der Kläger eine Differenz von mehr als 1 Seite/Min. geltend gemacht hat, hätte das Berufungsgericht nach dem Beschluss vom 1.2.2001 (*a.a.O.*) prüfen müssen, **ob die mit dem Wiedereinsetzungsantrag und später zur Glaubhaftmachung (§ 236 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 ZPO) vorgelegten Sendeberichte nach Art und Empfänger der Sendungen mit der hier maßgeblichen Sendung vergleichbar sind**. Den Ausführungen des Berufungsgerichts ist nicht zu entnehmen, worauf sich seine Annahme stützt, die vorgetragene Differenz von 2 zu ca. 3,5 Seiten/Min. (75%) halte sich im vorhersehbaren Variationsbereich (*vgl. auch BVerfG, Beschl. v. 25.9.2000 - 1 BvR 2104/99, NJW 2001, 1566 f.*).

Dies hängt, wie bei dem erkennenden Senat gerichtsbeamtet ist, nicht nur von der Anzahl der übermittelten (mit den Schriftzeichen nicht identischen) Signale, sondern auch von der zu erwartenden Übertragungsgeschwindigkeit ab. Andererseits schließt das nicht aus, dass bei der Faxübermittlung eine gewisse Zeitreserve einzukalkulieren ist (*vgl. BVerfG, Beschl. v. 19.11.1999 - 2 BvR 565/98, NJW 2000, 574*). Eine eigene Sach-

entscheidung hierüber ist dem Senat verwehrt, weil es dazu noch tatrichterlicher Feststellungen bedarf (§ 577 Abs. 4 ZPO).

3. Zugunsten des Klägers zu entscheiden (§ 577 Abs. 5 ZPO) ist die Sache nicht schon im Hinblick auf den von ihm zusätzlich **geltend gemachten Wiedereinsetzungsgrund des „plötzlichen Abstürzens der Computeranlage“**.

Das Berufungsgericht hat das Vorbringen des Klägers hierzu im Ergebnis zu Recht für nicht hinreichend erachtet, um eine Wiedereinsetzung gemäß § 233 ZPO zu rechtfertigen.

Darin liegt – entgegen der Ansicht der Rechtsbeschwerde – keine Divergenz gegenüber dem Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 4.5.1994 (*XII ZB 21/94, NJW 1994, 2097 f zu 4.*). Denn dort konnte offen bleiben, ob ein entsprechender Sachvortrag ausreicht, weil er zum einen verspätet vorgebracht (§§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO) und zum anderen nicht glaubhaft gemacht (§ 236 Abs. 2 ZPO) war.

Das Berufungsgericht vermisst zu Recht den **Vortrag der näheren Umstände des angeblichen Computerdefektes**. Insbesondere fehlt jeglicher Vortrag dazu, **wann, wie oder bei welcher Verrichtung sich der „nicht nachvollziehbare“ Computerdefekt bemerkbar machte und wie es dennoch gelang, ihn nach 1,5 Std. bis 23.40 Uhr wieder zu beheben**.

Unklar ist weiter, ob mit dem „Abstürzen“ ein (teilweiser) Verlust des bisher geschriebenen Textes verbunden war oder z.B. schlicht die Druckerfunktion nicht in Gang gesetzt werden konnte. In diesem Zusammenhang wäre gerade auch Vortrag dazu erforderlich gewesen, ob der Kläger und/oder sein Prozessbevollmächtigter in die Bedienung des Computers und des Druckers so eingeübt waren, dass sie diese bei ihrer nächtlichen Arbeit ohne Schreibkraft sicher bedienen konnten.

4. Nach allem hängt die Entscheidung der Sache davon ab, ob der Kläger unter den gegebenen Umständen noch mit einer fristgerechten Faxübermittlung rechnen durfte (*vgl. hierzu 2.*). Zu weiterer Aufklärung dieser Frage ist die Sache an das Berufungsgericht zurückzuweisen (§ 577 Abs. 4 Satz 1 ZPO).



## Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

- Arbeitsergebnisse
- Herausgabepflicht
- DATEV-Daten
- Anmerkung RA - FAS - Dr. Gräfe  
(BGH, Urt. v. 11.3.2004 - IX ZR 178/03)

### Leitsatz:

Ob der Auftraggeber nach dem Ende des Mandats vom Steuerberater verlangen kann, dass dieser der Übertragung der von ihm bei der DATEV gespeicherten Daten auf einen anderen Steuerberater zustimmt, hängt davon ab, ob die Daten das vertraglich geschuldete Arbeitsergebnis enthalten oder ob es sich um dieses vorbereitende Arbeitsleistungen handelt (im Anschl. an BGH v. 17.2.1988 - IVa ZR 262/86, ZIP 1988, 442; v. 25.10.1988 - XI ZR 3/88, NJW 1989, 1216).

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist Verwalter in dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der B.-GmbH (fortan: Schuldnerin). Er verlangt von der Beklagten, der früheren Steuerberaterin der Schuldnerin, gegenüber der DATEV zu erklären, dass sämtliche die Schuldnerin betreffenden DATEV-Konten und DATEV-Auswertungen auf einen anderen, von ihm benannten Steuerberater übertragen werden.

Das Amtsgericht hat der Klage stattgegeben, das Landgericht hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Auf die vom Landgericht zugelassene Revision der Beklagten hat der IX. Zivilsenat des BGH das Urteil aufgehoben und die Sache an das Berufungsgericht zurückverwiesen. Das Rechtsmittel der Beklagten hat Erfolg.

### Aus den Gründen:

#### I. (...) II.

Das Berufungsurteil ist aufzuheben, weil ihm die für die revisionsrechtliche Nachprüfung nach §§ 545, 559 ZPO erforderliche tatsächliche Beurteilungsgrundlage fehlt. Der Senat kann nicht überprüfen, ob das Berufungsgericht mit Recht einen Anspruch des Klägers nach § 675 Abs. 1, § 667 BGB bejaht hat.

Er vermag dem Berufungsurteil nicht zu entnehmen, ob der Kläger sich auf dem Umweg über die bei der DATEV gespeicherten Daten der Schuldnerin den Zugriff auf das vertraglich geschuldete Arbeitsergebnis verschaffen will oder ob dort lediglich Arbeitsleistungen der Beklagten auf dem Weg zu einem solchen Arbeitsergebnis abgespeichert sind. Hierauf aber kommt es entscheidend an:

1. Gemäß § 675 Abs. 1, § 667 BGB hat der Steuerberater seinem Mandanten **alles herauszugeben, was er zur Ausführung des Auftrags erhält und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt. Denn er wird aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig** (vgl. BGH v. 17.2.1988 - IVa ZR 262/86, ZIP 1988, 442; v. 25.10.1988 - XI ZR 3/88, NJW 1989, 1216).

Rechtlich bestehen keine Bedenken dagegen, die Zustimmung zur Datenübertragung als Inhalt der Verpflichtung zur Herausgabe der vom Steuerberater bei einem Dritten abgespeicherten Daten anzusehen (vgl. KG, RDV 1996, 252; OLG Köln, NJW-RR 1998, 273; Geisendorfer, DSWR 1993, 253 m.w.N.). Zur Ausführung des Auftrags erhalten ist alles, **was dem Beauftragten zum Zweck der Geschäftsbesorgung zur Verfügung gestellt worden ist** (Bamberger/Roth/Czub, BGB, § 667 Rdnr. 7; Soergel/Beuthien, BGB 12. Aufl., § 667 Rdnr. 4; Jauernig/Mansel, BGB 10. Aufl., § 667 Rdnr. 3).

Aus der Geschäftsbesorgung erlangt ist jeder Vorteil, den der Beauftragte aufgrund eines inneren Zusammenhangs mit dem geführten Geschäft erhalten hat (BGH v. 17.10.1991 - III ZR 352/89, NJW-RR 1992, 560; Seiler, in: MünchKomm-BGB 3. Aufl., § 667 Rdnr. 9; Staudinger/Wittmann, BGB 13. Bearb., § 667 Rdnr. 1). **Nach dieser Alternative sind auch die vom Beauftragten über die Geschäftsbesorgung selbst angelegten Akten, sonstigen Unterlagen und Dateien - mit Ausnahme von privaten Aufzeichnungen - herauszugeben** (RGZ 105, 392, 395; BGHZ 109, 260, 264 f.; KG, NJW 1971, 566, 567; 1989, 532 f.; OLG Hamm, NJW-RR 1988, 268, 269).

Anders verhält es sich jedoch mit dem (vertraglichen) Arbeitsergebnis der Beklagten, das die Schuldnerin zur Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten benötigte und das die Beklagte ihr aus dem Steuerberatervertrag schuldete (vgl. BGH v. 17.2.1988, a.a.O., 442; v. 25.10.1988, a.a.O., 1217). Denn das vertraglich geschuldete Arbeitsergebnis steht im **Austauschverhältnis** des gegenseitigen Vertrages; es ist nicht i.S.d. § 675 Abs. 1, § 667 2. Alt. BGB erlangt, sondern Gegen-



stand des vertraglichen Erfüllungsanspruchs (vgl. Seiler, a.a.O., § 667 Rdnr. 2; Bamberger/Roth/Czub, a.a.O., Rdnr. 8; Gehre, StBerG 4. Aufl., § 66 Rdnr. 15). Bei den der DATEV übermittelten Datenbeständen kann es sich um **körperlich erfassbare Arbeitsergebnisse** handeln (KG, a.a.O.; ebenso Gehre und Geisendorfer, jeweils a.a.O.; Späth, Stbg 1997, 557, 558 und die Anm. der Schriftleitung zu OLG Celle, GI 1989, 39, 41). Für die rechtliche Beurteilung ist es ohne Belang, ob die Beklagte die Schuldnerin allgemein steuerlich beraten hat (vgl. BGH v. 25.10.1988, a.a.O.).

2. Nach dem im Tatbestand des amtsgerichtlichen Urteils wiedergegebenen unstreitigen Parteivortrag führte die Beklagte für die Schuldnerin die gesamte Buchführung und die Jahresabschlussarbeiten durch. Wenn daher die bei der DATEV abgespeicherten Daten unmittelbar Bestandteil der Buchführung oder der „Jahresabschlussarbeiten“ sind, hat der Kläger keinen Anspruch aus § 675 Abs. 1, § 667 BGB auf deren Herausgabe. Das gilt auch dann, wenn es sich um zur Sicherung der Daten angelegte Doppel der bei der Beklagten vorhandenen Datenbestände handeln sollte. **Denn das vertraglich geschuldete Arbeitsergebnis kann auch der Insolvenzverwalter nicht honorarfrei zur Masse ziehen** (vgl. BGH v. 25.10.1988, a.a.O.; Gehre, a.a.O., § 66 Rdnr. 16).

Soweit es sich hingegen **um von der Beklagten eingegebene Daten handelt, die ihr von der Schuldnerin zum Zwecke der Geschäftsbesorgung zur Verfügung gestellt worden waren**, ist der Anspruch auf Zustimmung zur Datenübertragung aus § 675 Abs. 1, § 667 1. Alt. BGB begründet. **Sofern die Beklagte die von der Schuldnerin gelieferten Daten und Unterlagen ausgewertet und für die noch zu leistende eigentliche Buchführung geordnet und rechnerisch aufbereitet hat**, handelt es sich noch **nicht** um das vertraglich geschuldete **Arbeitsergebnis** selbst. Vielmehr wird dieses durch Systematisierung und Weiterverarbeitung der gelieferten „Rohdaten“ erst vorbereitet.

Dieser Fall ist mit demjenigen vergleichbar, in dem der Beauftragte über die Geschäftsbesorgung **selbst Akten anlegt**. Diese sind, wie ausgeführt, gemäß § 675 Abs. 1, § 667 2. Alt. BGB herauszugeben. Anhaltspunkte dafür, dass auch nur ein Teil der Daten dem internen Gebrauch der beklagten Steuerberaterin zu dienen bestimmt ist (vgl. § 66 Abs. 2 Satz 2 StBerG und BGH v. 17.2.1988, a.a.O.), sind dem Berufungsurteil nicht zu entnehmen.

#### Anmerkung RA – FAS – Dr. Gräfe

Der BGH hat seine Rechtsprechung zur **Herausgabepflicht** von Mandantenunterlagen durch Steuerberater nach Beendigung des Steuerberatungsvertrages fortgeschrieben.

Das Urteil stellt klar, dass sich der Herausgabeanspruch aus § 667 BGB auf dem Steuerberater übergebene Unterlagen beschränkt. Er kann aber sein Arbeitsergebnis, das im Austauschverhältnis des Steuerberatungsvertrages entsteht, so lange gemäß § 320 BGB zurückhalten, bis der in der Angelegenheit erarbeitete Vergütungsanspruch Zug um Zug gegen Übertragung des Arbeitsergebnisses ausgeglichen wird.

Offen gelassen hat der BGH die Entscheidung, ob die im Rechenzentrum gespeicherten Daten als **Arbeitsergebnis** oder **Mandantenunterlage** anzusehen sind. Hat der Mandant z.B. die Buchungsbelege durch eigene Kontierung dem Kontenrahmen der Buchführung bereits zugeordnet und gibt der Steuerberater diese vorkontierten Belege nur durch Dateneingabe in das Rechenzentrum der DATEV weiter, so hat er die Mandantenbelege – vergleichbar der Aktenablage – EDV-technisch abgelegt. Die übergebenen Belege werden in einem Konto des DATEV-Kontenrahmens „abgeheftet“. Hier besteht ein Herausgabeanspruch des Mandanten.

Der Steuerberater entwickelt demgegenüber ein Arbeitsergebnis, wenn er die übergebenen Belege steuerrechtlich auswerten muss, sie Geschäftsvorfällen des Mandanten zuordnet bzw. durch Rückfragen Beleginhalte klärt, anschließend die Kontierung der Belege vornimmt und sie dann an das Rechenzentrum überträgt. Seine steuerrechtliche Arbeitsleistung am übergebenen Beleg und dessen Umsetzung in den Kontenrahmen wird Bestandteil der Buchführung. Der Mandant kann in diesem Fall nur Zug um Zug gegen Honorarzahlung die Einwilligung in die Übertragung der Daten verlangen.

Außerhalb des Leistungsverweigerungsrechts i.S.d. § 320 BGB – Honorar gegen Arbeitsergebnis – kann der Steuerberater an Handakten ein **Zurückbehaltungsrecht** bei offenen Honoraransprüchen gemäß §§ 273 BGB, 66 Abs. 4 StBerG ausüben. Der Mandant behauptet gelegentlich, die Unterlagen seien zur Fortsetzung der Buchführung dringend nötig. Diese kann aber auch ohne Anschlusssalden nach einem Steuerberaterwechsel erfolgen. Die Verknüpfung der Kontensalden kann nach dem Honorarausgleich und

Übertragung der Daten geschehen. Der Mandant könnte die Honorarforderung auch durch eine Sicherheitsleistung gemäß § 273 Abs. 2 BGB abwenden.

Ein Zurückbehaltungsrecht setzt voraus, dass Herausgabe- und Vergütungsanspruch aus „**demselben rechtlichen Verhältnis**“ stammen. Bei Steuerberatungsverträgen ist das in der Regel unproblematisch, weil es sich meist um Dauerverträge und nicht um Einzelaufträge handelt. Bei Anwaltsverträgen beruht der Honoraranspruch meist nur auf einem Streitfall – z.B. Scheidung, Erbschaft, Unfall –, so dass nur aus dem Einzelauftrag Honoraransprüche entstehen. Dauerverträge liegen hier in der Regel nicht vor (BGH, NJW 1997, 2087).

## Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn
  - Treuwidrigkeit
  - Fehler in Folgeerklärung und Belehrungspflicht
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.3.2004 – 23 U 80/03)

### Leitsätze:

1. Der Anspruch des Auftraggebers gegen einen steuerlichen Berater auf Schadenersatz wegen einer Pflichtverletzung aus dem Steuerberaterverhältnis verjährt gemäß § 68 StBerG in drei Jahren ab Entstehung des Anspruchs. Subjektive Umstände aufseiten des Auftraggebers, also insbesondere dessen Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis von den anspruchsbegründenden Tatsachen, sind für den Verjährungsbeginn nicht maßgeblich.

2. Widerspricht die Erhebung der Verjährungseinrede im Einzelfall den Grundsätzen von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB, so hat das Vorliegen der die Treuwidrigkeit begründenden Umstände keinen Einfluss auf den Beginn der gesetzlichen Verjährungsfrist. Rechtsfolge ist, dass der Schuldner sich auf eine bereits eingetretene Verjährung nicht mit Erfolg berufen kann. Einen Verstoß gegen Treu und Glauben kann der Gläubiger der Verjährungseinrede dann nicht mit Erfolg entgegensetzen, wenn zwischen dem Wegfall der die Treuwidrigkeit begründenden Umstände und dem Ablauf der regulären Verjährungsfrist noch eine längere Zeit (hier nahezu zwei Jahre) liegt.

3. Ein zur Begründung der Sekundärhaftung des Steuerberaters geeigneter Anlass, die Pflichtwidrigkeit des eigenen Verhaltens zu erkennen und den Mandanten auf den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist hinzuweisen, kann sich auch aus der Befassung mit derselben steuerrechtlichen Frage in nachfolgenden Veranlagungszeiträumen ergeben, wenn der Steuerberater die Pflichtwidrigkeit aufgrund eines Dauermandats in den Folgejahren erneut begeht. Ein derartiger Fall liegt bei Fehlern der Buchführung, die sich auf ein Jahr beschränken, nicht vor.

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg. Das Landgericht hat die Klage zu Recht und mit auch im Einzelnen zutreffender Begründung abgewiesen. Die Entscheidung des Landgerichts beruht weder auf einer Rechtsverletzung (§ 546 ZPO) noch rechtfertigen nach § 529 ZPO zugrunde zu legende Tatsachen eine andere Entscheidung (§ 513 ZPO). Zur Vermeidung von Wiederholungen kann auf die Ausführungen in der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen werden. Lediglich ergänzend ist mit Blick auf die Berufungsbegründung das Folgende auszuführen:

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich, Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB.

Ob die Voraussetzungen für einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen den Beklagten aus positiver Vertragsverletzung vorliegen, kann offen bleiben, weil der Anspruch jedenfalls verjährt ist (§ 68 StBerG). Das führt zur Unbegründetheit der Klage sowohl hinsichtlich des Zahlungsantrags zu 1) als auch hinsichtlich des Feststellungsantrags zu 2).

### I.

Gemäß § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem Steuerberaterverhältnis in drei Jahren ab Entstehung des Anspruchs. Entstanden ist ein Anspruch, wenn seine Tatbestandsvoraussetzungen gegeben sind. Dazu gehört auch die Entstehung eines Schadens. Letzteres hat das Landgericht unter zutreffender Bezugnahme auf die gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu Recht mit der **Bekanntgabe** des belastenden

Steuerbescheides angenommen, wenn – wie hier – ein Steuerberater steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat (vgl. zuletzt nur *Urt. d. Senats v. 14.10.2003 – 23 U 222/02 m.w.N. aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Senats*).

Entgegen der Auffassung der Klägerin sind für den Verjährungsbeginn **subjektive Umstände** aufseiten des Gläubigers, d.h. hier der Klägerin, nicht maßgeblich. Es kommt nicht auf deren Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis von den anspruchsbegründenden Tatsachen an.

Anderes folgt auch nicht aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, der allein auf den objektiven Umstand des Zugangs des belastenden Steuerbescheides abstellt. Nur zur Herleitung dieses Ergebnisses führt der Bundesgerichtshof die „in der Regel“ mit dem Zugang dieses Bescheides bestehenden Erkenntnismöglichkeiten des Steuerschuldners an. Das bedeutet aber nicht, dass dessen Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis in jedem Einzelfall zusätzlich zu prüfen wäre. Das widerspräche der gesetzlichen Regelung.

## II.

Dem Beklagten ist es entgegen der Auffassung der Klägerin nicht **nach den Grundsätzen von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB** verwehrt, sich mit Erfolg auf den Eintritt der Primärverjährung zu berufen. Dabei kann offen bleiben, ob die genannten Umstände – wegen der Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts Herausgabe der Buchungsunterlagen erst am 11.6.1999 nach Zahlung des Honorars durch die Klägerin – überhaupt geeignet sind, die Berufung des Beklagten auf die Einrede der Verjährung als treuwidrig erscheinen zu lassen.

Selbst wenn man insoweit der Klägerin folgen wollte, so hätte ihr nach Übergabe der Unterlagen noch ausreichend Zeit zur Verfügung gestanden, ihre Ansprüche zu prüfen und geltend zu machen. Zwischen dem Wegfall der die – unterstellte – Treuwidrigkeit begründenden Umstände Mitte 1999 und dem Eintritt der Primärverjährung im März 2001 lagen fast zwei Jahre.

## III.

Dem Beklagten ist es auch nicht nach den Grundsätzen über die so genannte **Sekundärhaftung** verwehrt, sich mit Erfolg auf den

Eintritt dieser Verjährung zu berufen. Auch insoweit kann auf die zutreffenden Ausführungen des Landgerichts und die zutreffende Wiedergabe der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verwiesen werden. Das Landgericht hat den für die Annahme der Sekundärhaftung erforderlichen Anlass des Beklagten zur Überprüfung seiner bisherigen Tätigkeit zutreffend verneint.

1. Nach dem erstinstanzlichen Sach- und Streitstand **endete das Mandatsverhältnis** im März 1998. Das ist auch keine Unterstellung des Landgerichts, wie die Berufungsbegründung meint. Vielmehr beruht dies auf der eigenen Schilderung der Klägerin in ihrem vorprozessualen Schreiben vom 21.4.1999. Danach wechselte die Klägerin nach ihrer eigenen Darstellung im März 1998 vom Beklagten zum Steuerberatungsbüro W.

Nach Zugang des belastenden Bescheids im März 1998 war der Beklagte also mit der Buchhaltung des Jahres 1996 nicht mehr befasst, auch nicht im Zusammenhang mit der Prüfung, ob Rechtsmittel gegen den Steuerbescheid eingelegt werden sollen. Ein irgendwie gearteter Anlass zur Überprüfung der eigenen vorangegangenen Buchführungstätigkeit ergab sich nicht.

Ob aus den in der Berufungsbegründung aufgeführten weiteren Handlungen des Beklagten nach März 1998 eine Fortsetzung des Mandatsverhältnisses über März 1998 hinaus gefolgt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Das betrifft die Bezugnahmen des Beklagten in seinen beiden Schreiben vom 28.2.1999 und vom 9.6.1999 auf Arbeiten, die das Jahr 1997 betreffen (Jahresabschluss, Steuererklärungen).

**Aber auch wenn man diesen Vortrag der Klägerin als richtig unterstellt, folgt daraus kein Anlass des Beklagten für eine Überprüfung seiner Tätigkeit für 1996. Hiermit war er nämlich auch nach dem Vortrag der Klägerin nicht mehr befasst. Seine weitere Tätigkeit hätte vielmehr allein das Jahr 1997 betroffen.**

2. Wie bereits das Landgericht zutreffend angedeutet hat, kann sich ein Anlass, die Pflichtwidrigkeit des eigenen Verhaltens zu erkennen und den Mandanten auf den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist hinzuweisen, freilich auch aus der **Befassung mit derselben steuerrechtlichen Frage in nachfolgenden Veranlagungszeiträumen** ergeben, wenn der Steuerberater

## Honorar des Steuerberaters

die Pflichtwidrigkeit aufgrund eines **Dauermandats** in den Folgejahren erneut begeht. **Eine erneute Verletzung eines fortbestehenden Auftrags, die einen weiteren Schadenersatzanspruch begründet, kann nämlich zugleich die Erkenntnis eines zuvor begangenen Fehlers verhindern.**

Wäre die Vertragspflicht erfüllt worden, kann auf diese Weise ein ausreichender Anlass dafür bestanden haben, dass der Steuerberater über seine auf einer früheren Pflichtwidrigkeit beruhende Haftung und über die Verjährungsvorschrift belehrt.

Das hat auch dann zu gelten, wenn sich die gleiche Pflichtwidrigkeit bei der Bearbeitung der Steuererklärung für das nächste oder die folgenden Jahre im Rahmen eines einheitlichen Mandats wiederholt, der Steuerberater seinen Fehler also nicht erkannt hat (BGHZ 114, 150 = NJW 1991, 2828; Senat, GI 2002, 293 = OLGR 2002, 213 u. Urt. v. 14.10.2003 - 23 U 222/02).

So liegt der Fall indes nicht. Der behauptete **Buchführungsfehler ist auf das Jahr 1996 beschränkt**. Er beruht auf **tatsächlichen Vorgängen dieses Jahres**, mit denen der Beklagte bei der Buchführung des Folgejahres in keiner Weise befasst war.

Es ist auch entgegen der Auffassung der Klägerin nicht ersichtlich, inwieweit die Höhe eines Kontos „Forderungen gegen den Gesellschafter“ im Vorjahr (1996) für den Beklagten bei den Arbeiten für 1997 Anlass zu einer Überprüfung des Jahres 1996 hätte geben sollen.

3. Offen bleiben kann deshalb, ob die Sekundärhaftung des Beklagten auch deshalb entfällt, weil die Klägerin vor Eintritt der Primärverjährung bereits rechtlich über den Regressanspruch und die Verjährungsfrist unterrichtet wurde. Insoweit könnte der im Schreiben der Klägerin vom 21.4.1999 erwähnten Übergabe des Vorgangs an deren Rechtsanwalt und der Beauftragung des Steuerberaters W. eine Bedeutung zukommen.

**Auch die Beauftragung eines weiteren Steuerberaters kann nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs unter bestimmten Voraussetzungen dazu führen, dass die Sekundärhaftung des Steuerberaters entfällt (BGHZ 129, 386).**

(...)

- Rückforderung des Vorschusses
- Höchstgebühr bei Selbstanzeige?
- StBGebV oder RVG?
- Einforderbarkeit

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.3.2004 - 23 U 66/03)

### Leitsätze:

1. Der Steuerberater muss nicht verbrauchte Vorschüsse seines Mandanten, die auf nicht fällige Honorarforderungen gezahlt worden sind, gemäß § 667 BGB zurückzahlen, es sei denn, er legt dar und beweist, dass er sie durch erbrachte Leistungen verdient hat. Hierzu ist es nicht erforderlich, dass er eine den Anforderungen des § 9 StBGebV entsprechende Abrechnung vorlegt.

2. Kann die von einem Rechtsanwalt, der zugleich Steuerberater ist, ausgeübte Tätigkeit beiden Berufen zugeordnet werden, ist für die Frage, ob nach der BRAGO oder der StBGebV abzurechnen ist, maßgeblich, bei welchem Berufsbild der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt.

3. Die Beratung im Rahmen eines Selbstanzeigeverfahrens gemäß § 371 AO betrifft im Wesentlichen steuerberatende Tätigkeiten und kann daher nach den §§ 30, 13 StBGebV abgerechnet werden.

### Aus den Gründen:

Der Senat sieht gemäß §§ 540 Abs. 2, 313a Abs. 1 Satz 1 ZPO von der Darstellung des Tatbestandes ab.

Die zulässige Berufung des Beklagten hat teilweise Erfolg. Die Entscheidung des Landgerichts beruht auf einer Rechtsverletzung. Nach den gemäß § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen schuldet der Beklagte dem Kläger die Rückzahlung der erhaltenen Vorschüsse nur in Höhe von 7.212,14 EUR.

Auf das Schuldverhältnis der Parteien sind die bis zum 31.12.2002 geltenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuwenden.

1. Der Beklagte ist von dem Kläger als Steuerberater und nicht als Rechtsanwalt mandatiert worden. Der **Anspruch auf Rückzahlung von Vorschüssen** beruht deshalb auf § 667 BGB in Verbindung mit den Gebührentatbeständen der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV).

a) Der Beklagte, der sowohl Steuerberater als auch Rechtsanwalt ist, sollte den Kläger im Rahmen eines **Selbstanzeigeverfahrens** gemäß § 371 AO beraten. Ein solcher Auftrag **kann sowohl die Aufgaben eines Steuerberaters als auch die eines Rechtsanwalts betreffen**. Nach §§ 3, 33 StBerG gehört zu den Aufgaben des Steuerberaters auch die Hilfeleistung in Steuerstrafsachen, er kann zum Verteidiger in Strafverfahren gewählt werden (§§ 392, 410 AO). Steuerberatung ist ein Teil der Rechtsberatung (BGHZ 49, 244, 246; BGHZ 53, 103, 105).

Andererseits gehört zum Berufsbild des Rechtsanwalts auch die steuerliche Beratung des Mandanten (BGH, NJW 1994, 1405; NJW 1995, 3248, 3251). Dies folgt aus § 3 Abs. 1 BRAO, wonach der Rechtsanwalt Berater und Vertreter des Mandanten in allen Rechtsangelegenheiten ist, und wird durch die Regelungen für den Fachanwalt für Steuerrecht hervorgehoben.

Kann die ausgeübte Tätigkeit beiden Berufen zugeordnet werden, dann kommt es für die Abgrenzung darauf an, welchem Beruf die Tätigkeit nach dem Willen der Vertragsparteien zugeordnet sein sollte. **Fehlt hierzu eine Parteivereinbarung oder ist der Wille nicht sicher feststellbar, dann ist zu ermitteln, bei welchem Berufsbild der Schwerpunkt der vertraglichen Verpflichtung liegt** (BGH, NJW 1994, 1405, 1406; Zuehör, Handbuch der Anwaltshaftung, Rdnr. 130; Zuehör, Beraterhaftung nach der Schuldrechtsreform, Rdnr. 7).

Ist ein Rechtsanwalt zugleich Steuerberater, so ist, falls hinreichende Anhaltspunkte für einen abweichenden Willen fehlen, davon auszugehen, dass er die **Beratung als Steuerberater schuldet, sofern die steuerlichen Fragen den wesentlichen Vertragsgegenstand bilden** (BGH, NJW 1994, 1406).

Nach diesen Grundsätzen ist das dem Beklagten erteilte Mandat als steuerberatender Auftrag einzuordnen.

Die Beratung bezüglich einer Selbstanzeige nach § 371 AO betrifft im Wesentlichen steuerberatende Tätigkeit, auch wenn die Selbstanzeige auf eine strafrechtliche Folge abzielt. **Es handelt sich um eine Ergänzung der Steuererklärungspflichten** (so auch Streck, Die Selbstanzeige - Beratungssituation, DStR 1996, 288, 292). Die unrichtigen und unvollständigen Angaben sind zu ermitteln, die hinterzogenen bzw. leichtfertig verkürzten Steuern zu berechnen,

Verhandlungen mit der Finanzverwaltung sind zu führen und schließlich ist die Selbstanzeige mit Nachholung der unrichtigen und unvollständigen Angaben zu erstatten (vgl. Eckert, Steuerberatergebührenverordnung 4. Aufl., § 30 Anm. 4).

Der **Schwerpunkt** der Tätigkeit, die der Kläger von dem Beklagten erwartete, lag in der Wahrnehmung dieser steuerrechtlichen Interessen. Auf die Beratung strafrechtlicher Folgen und die bloße strafprozessuale Tätigkeit beschränkte sich das Mandat des Beklagten nicht. So hat der Beklagte von dem Kläger die Bankunterlagen angefordert, von diesem mit der Bitte um Prüfung erhalten und zusammen mit weiteren Ausführungen an das Finanzamt übersandt.

Er hat nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer Strafverteidigung die Unterlagen geordnet und weitergeleitet, sondern nach dem Willen des Klägers die **steuerlich relevanten Belege geprüft**. Dementsprechend hat er in seinen Vorschussrechnungen sein Mandat als steuerliche Beratung angegeben und der Kläger hat hierauf, ohne Einwände gegen die Rechnungsstellung zu erheben, gezahlt und zudem eine Vollmacht für das Verfahren der Selbstanzeige unterzeichnet.

Der Beauftragung des Beklagten als Steuerberater steht nicht entgegen, dass der Kläger **an seinem Wohn- und Geschäftssitz einen weiteren Steuerberater beauftragt hatte**, denn das Mandat bei einer Selbstanzeige umfasst nicht die Buchführung, den Jahresabschluss, die Überschussrechnung, die Steuererklärung oder andere steuerberatende Leistungen (Eckert, a.a.O., § 30 Anm. 5).

b) Der Steuerberater muss Vorschüsse, die er von seinem Mandanten erhalten hat, gemäß § 667 BGB zurückzahlen, wenn und soweit er sie nicht durch geleistete Arbeit verdient hat (BGH, NJW-RR 1988, 1264; OLG Düsseldorf, GI 1999, 275). **Der Steuerberatervertrag ist ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstleistungscharakter, bei dem der Steuerberater vorleistungspflichtig ist, er erhält seine Vergütung grundsätzlich erst nach Erledigung seiner Aufgabe (§§ 614 BGB, 7 StBGebV).**

Fordert der Mandant geleistete Vorschüsse zurück, dann muss der Steuerberater daher darlegen und beweisen, dass er sie durch bereits erbrachte Leistungen verdient hat. Hierzu ist es nicht erforderlich, dass er eine den Form-

erfordernissen des § 9 StBGebV entsprechende Abrechnung vorlegt. Diese Vorschrift betrifft lediglich die Einforderbarkeit des Steuerberaterhonorars, sie ist Grundlage der Realisierung des Vergütungsanspruches durch den Steuerberater gegen den Mandanten.

**Bei der Abrechnung der Vorschüsse steht aber nicht die Frage der Einforderbarkeit des Honorars zur Entscheidung an**, sondern die Frage, inwieweit eine Vergütung bereits verdient ist. Es genügt dafür eine Darstellung des Steuerberaters, aus der sich nachvollziehbar ergibt, welche Leistungen er erbracht hat und welche Gebührentatbestände hierdurch in welcher Höhe verwirklicht wurden. Diesen Anforderungen wird die Darstellung des Beklagten in seinem Schreiben vom 16.8.2001, die er in seiner Rechnung vom 16.7.2003 präzisiert hat, gerecht.

2. Der Beklagte hat durch seine für den Kläger erbrachten Leistungen ein Honorar von 25.984,29 DM verdient. Dem stehen Vorschüsse von netto 40.000 DM gegenüber, so dass er dem Kläger 14.015,71 DM, das sind 7.212,14 EUR, erstatten muss.

Die durch erbrachte Leistungen verdienten Gebühren sind gemäß § 47a StBGebV nach der bei Auftragserteilung im April 1998 geltenden zweiten Novellierung der Gebührenverordnung wie folgt zu berechnen: (...)

a) Die Gebühr für die Tätigkeit des Beklagten ist gemäß § 30 StBGebV unter Zugrundelegung eines Gegenstandswertes von 1.233.444,75 EUR zu berechnen. Es bedarf keiner Entscheidung, ob der Wert des Interesses bei der Festsetzung des Gegenstandswertes nach den Bruttowerten der nicht deklarierten Einkünfte zu bestimmen ist (so Eckert, a.a.O., § 30 Anm. 6) oder ob allein der niedrigere Betrag der hinterzogenen oder verkürzten Steuern, ggf. einschließlich steuerlicher Nebenkosten, den Gebührenwert bilden, denn der Beklagte legt den zuletzt genannten niedrigeren Wert seiner Berechnung zugrunde.

Der Einwand des Klägers, die vom Beklagten in Ansatz gebrachten Gegenstandswerte seien nicht nachvollziehbar, ist unbeachtlich, denn ihm sind, worauf der Beklagte zu Recht hinweist, die tatsächlichen Steuernachforderungen im Einzelnen bekannt.

Anders als von dem Beklagten veranschlagt, **ist jedoch eine 20/10 Mittelgebühr und nicht die Höchstgebühr in Ansatz zu bringen.**

Die Höchstgebühr kann nur dann zugesprochen werden, wenn es sich um besonders bedeutungsvolle, umfangreiche und schwierige Angelegenheiten handelt. Dabei sind die **Schwierigkeiten und der Zeitaufwand bei der Ermittlung der einzelnen Tatbestände, die Rechtsprobleme und die Bedeutung der Angelegenheit für den Auftraggeber zu berücksichtigen.**

Der Vortrag des Beklagten ist nicht geeignet, die Höchstgebühr zu begründen. Eine **Selbstanzeige** ist in der Regel für den Mandanten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch vor allem zur Abwendung des Steuerstrafverfahrens von erheblichem Interesse. Dies reicht jedoch zur Anwendung der Höchstgebühr nicht aus.

Handelt es sich um eine Selbstanzeige von durchschnittlicher Bedeutung mit durchschnittlichem Umfang und Schwierigkeitsgrad, ist – ebenso wie bei anderen steuerlichen Angelegenheiten (siehe dazu BGH, NJW-RR 2001, 494, u. Senat, GI 2002, 72) – regelmäßig nur die Mittelgebühr gerechtfertigt.

**Dass besondere Interessen, wie etwa eine mögliche Insolvenz des Unternehmens, zu berücksichtigen waren, ist nicht dargetan.** Aus den überreichten Unterlagen und dem Schriftverkehr sind keine besonderen rechtlichen Probleme erkennbar. Allein daraus, dass sich das Verfahren über längere Zeit hingezogen hat, was darauf zurückzuführen ist, dass der Finanzverwaltung unvollständige Unterlagen überreicht wurden, lässt sich eine besondere rechtliche oder tatsächliche Schwierigkeit nicht begründen.

Die 20/10 Mittelgebühr beträgt bei dem zugrunde zu legenden Gegenstandswert 16.222 DM.

b) Der Beklagte beansprucht zu Recht eine **Besprechungsgebühr** gemäß § 31 StBGebV für die Besprechung mit den Beamten der Steuerfahndung am 6.10.2000. Dieses Gespräch fand nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens wegen Steuerhinterziehung und nach Erlass des Durchsuchungsbeschlusses durch das Amtsgericht statt. **Es diente der Klärung der Vorstellung der Steuerfahndung bezüglich des weiteren Vorgehens sowie dem weiteren Informationsaustausch.**

Über eine bloße mündliche Ergänzung von Informationen, die mit der Gebühr des § 30 StBGebV abgegolten sind, ging diese Erörterung der Sach- und Rechtslage hinaus.

## Steuerberaterhaftung

Auch insoweit sind aber keine Gesichtspunkte ersichtlich, die eine Gebühr von 9/10, die der Beklagte veranschlagt, rechtfertigen könnten. Unter Berücksichtigung des Mittelsatzes von 7,5/10 beträgt die Gebühr 6.083,25 DM.

c) Für die Besprechung mit der Steuerfahndung kann der Beklagte zudem das **Tage- und Abwesenheitsgeld** gemäß § 18 Abs. 2 StBGebV in Höhe von 95 DM berechnen.

d) Ein Honorar für die Besprechung mit den Herren P. und S. kann der Beklagte hingegen nicht gemäß § 31 StBGebV mit Erfolg beanspruchen. Bei der Besprechung vom 29.8.1998, an der neben dem Kläger auch Herr P. teilgenommen hat, handelt es sich, wie der Beklagte selbst vorgetragen hat, um eine **Mandantenbesprechung**.

Die Vorschrift des § 31 StBGebV bezieht sich nur auf Gespräche mit Behörden oder Dritten in abgaberechtlichen Sachen; Besprechungen mit Mandanten erfasst die Vorschrift auch dann nicht, wenn neben oder anstelle des Mandanten einer seiner Mitarbeiter an der Besprechung teilnimmt.

Deshalb ist auch das von dem Beklagten berechnete Gespräch mit dem Steuerberater S. nicht nach § 31 StBGebV abrechenbar. Der Steuerberater war als Vertreter des Klägers Teilnehmer der Besprechung, weil er als allgemeiner steuerlicher Berater die grundlegenden Daten der Besteuerung und der Auslandstransfers festgestellt hatte. Dieser Informationsaustausch ist nicht anders zu behandeln, als wenn der Kläger selbst die Mitteilungen gemacht hätte.

Für diese Gespräche entfallen auch die von dem Beklagten in Ansatz gebrachten Tage- und Abwesenheitsgelder.

e) Soweit den Vorschüssen keine erbrachten Leistungen gegenüberstehen, kann der Kläger deren Rückzahlung verlangen, allerdings nur **in Höhe der Nettobeträge**, weil im Zweifel davon auszugehen ist, dass er die vom Beklagten in den Vorschussrechnungen berechnete Mehrwertsteuer als Vorsteuer abgesetzt hat (vgl. auch OLG Düsseldorf, GI 1999, 275, 278). Gezahlt hat der Kläger unstreitig 40.000 DM netto, so dass nach Abzug der verdienten Gebühren ein Rückzahlungsanspruch von 14.015,71 DM verbleibt.

(...)

- Abfindungsvergleich

- Beratungsfehler

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.1.2004 - 23 U 68/03)

### Leitsätze:

1. Ein Steuerberater ist im Rahmen seines Auftrags verpflichtet, seinem Mandanten Möglichkeiten zur steuergünstigen Gestaltung einer Abfindungsvereinbarung aufzuzeigen.

2. Unterlässt der Steuerberater die gebotene Beratung und verursacht dadurch pflichtwidrig eine steuerliche Mehrbelastung seines Mandanten wegen der bezogenen Abfindung, gehören zum ersatzfähigen Schaden des Mandanten auch die Kosten eines finanzgerichtlichen Verfahrens, das dem Versuch einer Abwendung des Steuer Schadens dient, und die Aussetzungszinsen. Zinsvorteile als Folge der verzögerten Zahlung der ausgesetzten Beträge sind bei der Schadenberechnung nicht zulasten des Mandanten zu berücksichtigen.

3. Zahlungen des Arbeitgebers, die dieser ergänzend zur vereinbarten Abfindung nachträglich zur teilweisen Kompensation der steuerlichen Nachteile an den abgefundenen, geschädigten Mandanten des Steuerberaters leistet, sind ihrerseits vom Mandanten zu versteuern. Sie sind schadenmindernd mit ihrem Nettobetrag zu berücksichtigen.

4. Gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB n.F. hemmt ebenso wie gemäß § 209 Abs. 1 BGB a.F. nur die Erhebung der Klage durch den Berechtigten die Verjährung. Berechtigter einer Schadenersatzforderung gegen den steuerlichen Berater ist hinsichtlich des Steuerschadens bei zusammen veranlagten Eheleuten ein Ehegatte allein jedenfalls dann, wenn er vom Finanzamt in Anspruch genommen wurde und die nachgeforderte Steuer gezahlt hat.

### Aus den Gründen:

#### A.

Der Kläger nimmt den Beklagten als seinen steuerlichen Berater auf Schadenersatz wegen einer unzutreffenden Beratung beim Abschluss eines Abfindungsvergleichs mit seinem damaligen Arbeitgeber in Anspruch. Letzterer verpflichtete sich im Jahr 1993 in einer Vereinbarung mit dem Kläger, diesem eine Abfindung



von 540.000 DM zu zahlen, und zwar in zwei Raten, 300.000 DM am 30.9.1993 und 240.000 DM am 30.4.1994. Der Kläger und der Arbeitgeber gingen davon aus, dass die Abfindung zu einem ermäßigten Satz zu versteuern sei. Dies verweigerte die Finanzverwaltung später, bestätigt vom Finanzgericht, mit der Begründung, eine Abfindung sei nur dann steuerlich begünstigt, wenn sie innerhalb eines einzigen Veranlagungszeitraums ausgezahlt werde. (...)

Das Landgericht hat den Beklagten gemäß dem Antrag des Klägers zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 69.426,35 EUR verurteilt. Dagegen wendet sich der Beklagte mit seiner Berufung unter Wiederholung und Vertiefung seines erstinstanzlichen Vortrags.

Der Beklagte meint, eine schadenursächliche Pflichtverletzung seinerseits liege nicht vor. Er behauptet dazu, erst nach Abschluss der Abfindungsvereinbarung mit diesem Vertrag befasst worden zu sein. Im Übrigen sei eine seinerseits unterlassene Beratung auch deshalb nicht ursächlich für den geltend gemachten Schaden geworden, weil der Arbeitgeber zu einer anderen als der getroffenen Vereinbarung weder bereit noch finanziell in der Lage gewesen sei.

Der Beklagte meint, die Kosten der Aussetzung und der erfolglosen Klage vor dem Finanzgericht könnten ihm nicht zugerechnet werden. Soweit der Arbeitgeber später Zahlungen zum Ausgleich der unerwarteten steuerlichen Nachteile geleistet habe, seien diese mit ihrem Bruttobetrag, also ohne Steuerabzug auf den Schaden des Klägers anzurechnen. Ein Schaden des Klägers liege auch deshalb nicht vor, weil der Kläger inzwischen einschließlich der nachträglichen Zahlungen insgesamt rund 750.000 DM erhalten, selbst zuvor aber nur 650.000 DM verlangt habe.

Weiter beruft der Beklagte sich auf Verjährung, da der Kläger erst alleiniger Anspruchsinhaber geworden sei, als seine mit ihm gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagte Ehefrau ihm am 28.9.2003 ihre Ansprüche abtrat und zu diesem Zeitpunkt die Schadenersatzansprüche bereits verjährt gewesen seien, da die Verzichtserklärungen bezüglich der Verjährungseinrede nur bis zum 1.1.2003 wirkten. Ein Verzicht auf die Verjährungseinrede sei im Übrigen bezüglich der Ansprüche der Ehefrau als Mitgläubigerin nicht erklärt worden.

(Anträge ...)

B.

Die zulässige Berufung des Beklagten hat in der Sache keinen Erfolg. Das Landgericht hat der Klage mit dem erstinstanzlich zuletzt noch gestellten Antrag zu Recht in vollem Umfang stattgegeben. Dies beruht weder auf einer Rechtsverletzung (§ 546 ZPO) noch rechtfertigen nach § 529 ZPO zugrunde zu legende Tatsachen eine andere Entscheidung (§ 513 ZPO).

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist – mit einer bei der Frage der Verjährung zu erörternden Ausnahme – das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB).

Der Kläger hat gegen den Beklagten einen Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung in vom Landgericht zuerkannter Höhe von 69.426,35 EUR zzgl. Zinsen.

I.

Das Landgericht hat zutreffend angenommen, dass der Beklagte eine Pflicht aus dem Steuerberatervertrag verletzte. Er wies den Kläger nämlich nicht darauf hin, **dass die Aufteilung der Abfindung auf zwei verschiedene Veranlagungszeiträume (1993 und 1994) steuerliche Nachteile, nämlich die Anwendung des vollen anstatt des ermäßigten Steuersatzes zur Folge hatte.**

Offen bleiben kann, in welchem Umfang im Einzelnen der Beklagte vor dem 9.7.1993 in die Entscheidung über die Gestaltung der Abfindungsvereinbarung eingebunden war. Unstreitig nahm er nicht an der Seite des Klägers an den Verhandlungen teil. Ob der Kläger den Beklagten (telefonisch) zu der Gestaltung der Abfindungsvereinbarung um Rat fragte, ist zwischen den Parteien streitig. Jedenfalls räumt auch der Beklagte ein, dass der Kläger ihm am 9.7.1993 per Fax den Entwurf einer Abfindungsvereinbarung vom 3.4.1993 zusandte. **An diesem Entwurf nahm der Beklagte handschriftliche Änderungen vor, die sich auch in dem endgültigen Vertrag in leicht veränderter Form wiederfinden.**

Daraus ergibt sich, dass der Beklagte als der allgemeine steuerliche Berater des Klägers inhaltlich mit der Abfindungsvereinbarung befasst war. Das bestreitet der Beklagte auch nicht weiter und hat bei seiner Anhörung durch den Senat sogar eingeräumt, dass zwar nicht er,

wohl aber „sein Büro“ – gemeint offenbar der Kollege und Sozius X. des Beklagten – vor dem 9.7.1993 mit der Sache befasst war, d.h. von den Abfindungsverhandlungen Kenntnis hatte.

Mit den Ausführungen in der Berufungsbegründung zum zeitlichen Ablauf wendet der Beklagte sich vielmehr gegen die Kausalität seines Tätigwerdens für den Abschluss der Vereinbarung, nicht gegen die Pflichtverletzung selbst.

Aus dem zugesandten Entwurf vom 3.4.1993 ergab sich für den damit befassten Beklagten eindeutig, dass eine Aufteilung der Zahlung der Abfindung von insgesamt 540.000 DM auf zwei Teilzahlungen, 300.000 DM am 30.9.1993 und 240.000 DM am 30.4.1994, beabsichtigt war. Der Beklagte hat bei seiner Anhörung durch den Senat auch ausdrücklich eingeräumt, die Angelegenheit nach Erhalt des Faxes mit seinem Kollegen X. besprochen zu haben und zu dem Ergebnis gelangt zu sein, dass eine Aufteilung der Abfindung auf zwei Raten in zwei Veranlagungszeiträumen unschädlich sei.

Diese Auffassung trifft indes steuerrechtlich nicht zu. Die Aufteilung auf zwei getrennte Veranlagungszeiträume war nämlich mit steuerlichen Nachteilen für den Kläger als dem damaligen Mandanten des Beklagten verbunden. Die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes gemäß §§ 34, 34a EStG a.F. kam dann nicht in Betracht. (...) Spätestens nach der Zusendung des Faxes am 9.7.1993 hätte der Beklagte hierauf hinweisen müssen. Das hat er pflichtwidrig nicht getan.

## II.

Diese Pflichtverletzung des Beklagten war auch **ursächlich** für den geltend gemachten **Schaden**.

1. Eine Ursächlichkeit des unterlassenen Hinweises des Beklagten für die Gestaltung des Vertrages scheidet entgegen der Auffassung der Berufung nicht schon deshalb aus, weil im Zeitpunkt der – unterstellt erstmaligen – Befassung des Beklagten mit der Frage am 9.7.1993 die Abfindungsvereinbarung bereits unabänderlich in der endgültigen Fassung vereinbart gewesen wäre. Der Beklagte vermutet dies wegen des Vortrags des Klägers in der Klageschrift, demzufolge die Vereinbarung Ende Mai 1993, rückdatiert auf den 31.3.1993 unterzeichnet wurde. Der Kläger erläutert seine missverständlichen Äußerungen in der Klageschrift jetzt dahin, dass am 25.5.1993 lediglich ein Gespräch zwi-

schen ihm und seinem Arbeitgeber stattgefunden habe, in dem eine Einigung über die Höhe des Abfindungsbetrages auf 540.000 DM stattfand. Die „endgültige Unterzeichnung“ soll, so der Kläger weiter, erst später erfolgt sein.

Wie auch immer die zeitliche Abfolge im Einzelnen war, **so stand der Inhalt der Abfindungsvereinbarung am 9.7.1993 jedenfalls noch nicht unabänderlich fest**. Das folgt schon daraus, dass die kleine handschriftliche Änderung des Beklagten in dem am 9.7.1993 zugesandten Entwurf in den endgültigen Vertragstext eingeflossen ist. Im Übrigen hätte der Vortrag des Beklagten in der Berufungsbegründung, am 9.7.1993 sei der Vertrag zwischen dem Kläger und seinem Arbeitgeber bereits endgültig mit dem Inhalt der unstreitig rückdatierten Vereinbarung vom 31.3.1993 geschlossen gewesen, die Folge, dass der Kläger dem Beklagten am 9.7.1993 ein völlig sinnloses Fax zur Prüfung übersandt hätte, was unwahrscheinlich ist. Das Ergebnis der Prüfung durch den Beklagten hätte dann nämlich nicht mehr berücksichtigt werden können.

Außerdem weicht das Fax vom 9.7.1993 in mehreren Punkten von dem endgültigen Text ab, was man bereits daran sieht, dass in dem Fax noch 10 Paragraphen aufgeführt sind, während die endgültige, unstreitig rückdatierte Vereinbarung nur 6 Paragraphen enthält. Der Kläger hätte dann also ein den damaligen Stand der Vereinbarung gar nicht wiedergebendes Fax, dies zudem zu einem Zeitpunkt übersandt, in dem Änderungen an dem (nicht übersandten) Text gar nicht mehr möglich gewesen wären. Das liegt fern.

2. Auch im Übrigen liegt die **Kausalität der unterlassenen Beratung** des Klägers durch den Beklagten für den geltend gemachten Schaden vor. Es spricht nach Auffassung des Senats eine **überwiegende Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO)** dafür, dass der Kläger sich – steuerlich richtig beraten – mit seinem Arbeitgeber über die Auszahlung der gesamten Abfindung noch im Jahr 1993 geeinigt hätte.

a) Der Kläger wäre zum Abschluss einer derartigen Vereinbarung nach dem Eindruck des Senats ohne weiteres bereit gewesen und hätte sich im Rahmen der Abfindungsverhandlungen gegenüber seinem Arbeitgeber dafür eingesetzt, weil die damit verbundene frühere Auszahlung der zweiten Rate für ihn ausschließlich vorteilhaft gewesen wäre. Das betrifft nicht nur den

dann anwendbaren ermäßigten Steuersatz; auch im Übrigen hätte die frühere Auszahlung an den Kläger diesem offensichtlich nur Vorteile gebracht.

b) Der Senat sieht es nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als überwiegend wahrscheinlich an, dass sich auch der Arbeitgeber mit einer derartigen geänderten Abfindungsvereinbarung einverstanden erklärt hätte. **Es hätte genügt, dass die zweite Rate nicht – wie vereinbart – am 30.4.1994, sondern am 31.12.1993 gezahlt worden wäre.** Der Arbeitgeber hätte zur Erlangung der steuerlichen Vorteile die Rate also nur wenige Monate früher auszahlen müssen. Dass ihm dies aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen sein sollte oder dass er dies angesichts der zu erzielenden Steuervorteile aus anderen Erwägungen heraus abgelehnt hätte, erscheint kaum denkbar.

Das gilt umso mehr angesichts des Ergebnisses der Beweisaufnahme. Die vernommenen Zeugen haben eindrucksvoll die damalige Situation des Arbeitgebers geschildert. Danach fielen die Abfindungsverhandlungen in eine Phase der Umstrukturierung des damaligen Arbeitgebers des Klägers. Zu diesem Zweck wurde eine Vielzahl von Abfindungen vereinbart. Wegen der damaligen finanziellen Engpässe des Arbeitgebers bestand ein Interesse seinerseits daran, die Abfindungszahlungen möglichst zu strecken. Dabei bestand die unzutreffende Vorstellung auch aufseiten des Arbeitgebers, dass dies auf die steuerlichen Vorteile keinen Einfluss habe.

Insbesondere der Zeuge X. hat dargelegt, dass die steuerlichen Vorteile bei den Abfindungsverhandlungen hinsichtlich der Höhe der Abfindungen eine große Rolle spielten. Dafür spricht auch, dass der Arbeitgeber dem Kläger in der Folgezeit, als sich dessen unerwartete steuerliche Belastung herausstellte, erhebliche Nachzahlungen von 92.000 DM (1998) und 60.000 EUR (2002) erbrachte. Beides spricht dafür, dass auch aus der Sicht des Arbeitgebers Lösungen bei den Abfindungsvereinbarungen sicher vermieden worden wären, die zu einem Verlust dieser Steuervorteile geführt hätten.

Die Zeugen haben weiter dargelegt, dass jedenfalls im Falle des Klägers aufgrund von dessen herausgehobener Stellung im Unternehmen eine vollständige Auszahlung im Jahr 1993 ohne weiteres möglich gewesen und vereinbart worden wäre, also nicht an fehlenden finanziellen Mitteln des Arbeitgebers gescheitert wäre.

Dagegen spricht auch nicht, dass in der Vereinbarung „**Liquiditätsgründe**“ als Grund für die **Aufteilung auf zwei Raten** genannt wurden. Das geschah – wie auch aus den Aussagen der Zeugen folgt – mit Blick auf die „Anrufungsauskunft“ vom 25.6.1992. Dort hatte das zuständige Finanzamt dem Arbeitgeber mitgeteilt, dass der halbe Steuersatz auch dann in Betracht kommt, wenn die Abfindung „aus vom Arbeitnehmer nicht zu vertretenden Gründen“ in zwei Teilraten ausgezahlt werde.

Diese Möglichkeit sollte offensichtlich erhalten werden, wobei freilich unberücksichtigt blieb, dass eine ratenweise Auszahlung infolge von Liquiditätsengpässen steuerrechtlich allenfalls dann unschädlich für den Erhalt des Steuervorteils sein kann, **wenn zuvor die Einmalzahlung in einem einzigen Veranlagungszeitraum beabsichtigt war und sich die Liquiditätsprobleme erst anschließend ergeben.** (...)

### III.

Durch diese Pflichtverletzung ist dem Kläger der geltend gemachte Schaden entstanden.

**1. Der haftpflichtige Berater hat den Mandanten vermögensmäßig lediglich so zu stellen, wie dieser bei pflichtgemäßem Verhalten stünde; der Geschädigte darf im Wege des Schadenersatzes nicht mehr erhalten als das, was er nach der materiellen Rechtslage verlangen kann** (BGH, NJW 2001, 673, 674 m.w.N.).

Die hierzu erforderliche Differenzrechnung setzt grundsätzlich einen **Gesamtvermögensvergleich** voraus, bei der alle Folgen des schädigenden Ereignisses zu berücksichtigen sind, die bis zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung eingetreten oder mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind.

Der Auftraggeber genügt seiner Obliegenheit zum Nachweis eines Schadens deshalb nicht bereits dadurch, dass er einen einzelnen ihm entstandenen Vermögensnachteil herausgreift und hieraus seinen Schaden ableitet; er hat vielmehr in die von ihm vorzunehmende Vergleichsrechnung alle – auch ihm günstige – Umstände einzustellen, die auf der Pflichtverletzung des Beraters beruhen (BGH, NJW 1998, 982, 983; OLG Köln, OLGR 1999, 265, 267).

Ist – wie hier – zu ermitteln, ob und inwieweit sich eine Vermögensdisposition, die jemand im Vertrauen auf den Rat oder die Auskunft eines anderen getroffen hat, als für ihn günstig oder

ungünstig erweist, so lässt sich ein etwaiger Schaden erst dann feststellen, wenn sich die Vermögenslage „unter dem Strich“ schlechter darstellt, als sie es sein würde, wenn die Maßnahme unterblieben wäre (BGH, a.a.O., m.w.N.; Senat, GI 2002, 241 = OLGR 2002, 332).

Diese Grundsätze finden auch im vorliegenden Fall Anwendung, weil der Kläger eine abweichende Gestaltung der Abfindungsvereinbarung bei pflichtgemäßer Beratung durch den Beklagten behauptet.

2. In diesem Rahmen hat das Landgericht zu Recht angenommen, dass die geltend gemachten Schadenpositionen sämtlich zu ersetzen sind. Im Einzelnen ergibt sich die folgende Berechnung:

Mehrsteuern, die bei anderer Gestaltung der Abfindungsvereinbarung nicht angefallen wären	159.388,15 DM
Aussetzungszinsen	47.851,00 DM
Avalprovisionen	2.531,58 DM
Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens	12.139,00 DM
Summe	221.909,73 DM

a) Gegen die Richtigkeit der landgerichtlichen Feststellungen zur rechnerischen Höhe der entsprechenden Beträge wendet sich die Berufung nicht.

b) Soweit der Beklagte meint, es seien zulasten des Klägers noch **Zinsvorteile** als **Folge der Aussetzung** zu berücksichtigen, trifft dies nicht zu. Die Aussetzungszinsen sind in vollem Umfang Folge der Pflichtverletzung des Beklagten.

Hätte dieser eine pflichtgemäße Beratung im Jahr 1993 vorgenommen, wäre dem Kläger der gesamte Betrag der Mehrsteuern in Höhe von 159.388,15 DM dauerhaft erhalten geblieben. Er hätte ihn überhaupt nicht, auch nicht nach Abschluss des finanzgerichtlichen Verfahrens im Jahr 2002, an das Finanzamt zahlen müssen und ebenfalls mit diesem Betrag in dem fraglichen Zeitraum wirtschaften können. Bei eventuellen Zinsgewinnen aus dem einbehaltenen Betrag handelt es sich also nicht um Vorteile, die dem Kläger als Folge der Pflichtverletzung des Beklagten zugeflossen wären.

c) Vom zu ersetzenden Schaden erfasst sind auch die **Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens**, und zwar unabhängig von der im Ein-

zelnen streitigen Rolle des Beklagten bei der Entscheidung, ob das Klageverfahren durchgeführt werden soll. Die Kosten sind adäquate Folge der Pflichtverletzung des Beklagten: Wäre die Abfindungsvereinbarung auf dessen Rat hin steuerlich vorteilhaft abgefasst worden, wäre es nicht zu dem finanzgerichtlichen Verfahren gekommen.

Es liegt auch keine Unterbrechung des Kausalverlaufs deshalb vor, weil der Kläger etwa eine völlig außerhalb der Wahrscheinlichkeit liegende, unvernünftige Entscheidung eigenverantwortlich getroffen hätte. Der Beklagte behauptet selbst nicht, dass er dem Kläger ausdrücklich von einem Prozess abgeraten hätte.

Auch soweit der Kläger im Übrigen bei der Durchführung des finanzgerichtlichen Verfahrens durch andere Rechtsanwälte beraten worden sein sollte, folgt daraus nichts anderes. **Dabei kann offen bleiben, ob die Erfolgsaussichten von ihnen in pflichtwidriger Weise unzutreffend eingeschätzt wurden. Diese zusätzliche Pflichtverletzung weiterer Berater würde jedenfalls nicht zur Verneinung einer Pflichtverletzung des Beklagten und dessen Ursächlichkeit für den Finanzgerichtsprozess führen.**

Ein Mitverschulden des nicht fachkundigen Klägers liegt schließlich bei dem Beratungsverhalten des Beklagten nicht vor.

3. Bei einer Abfindungsvereinbarung, die die Auszahlung sämtlicher Raten bereits 1993 vorgesehen hätte, sind im Übrigen keine Nachteile denkbar, die der Kläger noch über die vorstehende Aufstellung hinaus in die Vergleichsrechnung hätte einstellen müssen. Eine frühere Auszahlung der zweiten Rate wäre für ihn nicht nur hinsichtlich des ermäßigten Steuersatzes, sondern auch hinsichtlich der sonstigen vermögensmäßigen Folgen lediglich vorteilhaft gewesen.

4. Von dem vorstehend ermittelten Schadenbetrag von 221.909,73 DM sind **die Beträge abzuziehen, die der Kläger von seinem früheren Arbeitgeber als Ausgleich für die unerwartet eingetretene Steuerbelastung später erhielt.** Das sind 92.000 DM und 60.000 EUR. Das Landgericht hat diese Beträge zu Recht nicht in vollem Umfang, sondern nur vermindert um die hierauf entfallende und von dem Kläger gezahlte bzw. zu zahlende Einkommensteuer zugunsten des Beklagten berücksichtigt.

Nur soweit dem Kläger tatsächlich Beträge zugeflossen sind, kann der eingetretene Schaden durch diese Zahlungen kompensiert werden. Das ist nur in Höhe der Nettobeträge der Fall.

aa) **Dass** auf die Leistungen des Arbeitgebers Steuern zu zahlen waren, verneint der Beklagte mit der Berufung zu Unrecht. (...)

Die Ausführungen des Beklagten in der Berufungsbegründung rechtfertigen keine abweichende Auffassung und begründen keine hinreichende Erfolgsaussicht einer Klage gegen diese Entscheidung. Es handelt sich bei den Zahlungen tatsächlich um eine nachträgliche Aufstockung der Abfindung, die genauso wie die ursprünglichen Abfindungszahlungen selbst zu versteuern sind. Letztlich bedeuten die weiteren Zahlungen nichts anderes als eine dritte und vierte weitere Rate der Abfindung.

Im Übrigen hätte der Beklagte bei Annahme der jetzt von ihm vertretenen Erfolgsaussicht einer Klage eine weitere Pflichtverletzung begangen: Er war nämlich entgegen seinem Vortrag in der Berufungsbegründung sehr wohl mit der Prüfung der Erfolgsaussicht einer Klage befasst.

Zunächst war er auch im Zeitpunkt der Einspruchsentscheidung vom 6.9.2002 betreffend die Versteuerung der 92.000 DM immer noch der allgemeine steuerliche Berater des Klägers, wie der Beklagte in der Klageerwidern vom 20.2.2003 selbst vorträgt: „... zutreffend, dass der Beklagte der steuerliche Berater des Klägers war **und ist**“. Sodann hat der Beklagte die nachteilige Einspruchsentscheidung selbst erhalten und dem Kläger am 18.9.2002 weitergeleitet mit der Bitte um Mitteilung, wie weiter verfahren werden soll. Daraufhin hat der Kläger dem Beklagten mit Schreiben vom 28.9.2002 mitgeteilt, dass er beabsichtige, die geforderte Steuer auf die 92.000 DM zu zahlen, falls der Beklagte ihm nicht etwas anderes mitteile.

Hätten die jetzt von dem Beklagten vertretenen Erfolgsaussichten der Klage tatsächlich bestanden, hätte der Beklagte den Kläger entsprechend belehren und ihm zur Klageerhebung raten müssen. Das hat er auch nach seinem eigenen Vortrag nicht getan. Dabei spielen die weiteren streitigen Einzelheiten der Rolle des Beklagten in diesem Zusammenhang ebenso wenig eine Rolle wie die Frage, ob der Kläger in der Frage auch durch einen Rechtsanwalt beraten wurde.

bb) Hinsichtlich der zunächst gezahlten 92.000 DM hat das Landgericht – vom Beklagten insoweit rechnerisch nicht angegriffen – eine darauf entfallende Steuer von 58.061,88 DM festgestellt. Entsprechendes gilt für die Besteuerung der später gezahlten weiteren 60.000 EUR, hinsichtlich derer das Landgericht eine Steuerbelastung von 33.318 EUR festgestellt hat. Daraus folgt folgende Berechnung der Schadenhöhe:

Summe der Schäden	221.909,73 DM
abzüglich	92.000,00 DM
zuzüglich	58.061,88 DM
Summe	187.971,61 DM
entspricht	96.108,35 EUR
abzüglich	60.000,00 EUR
zuzüglich	33.318,00 EUR
Summe (vom Landgericht zugesprochen)	69.426,35 EUR

5. Dem Anspruch des Klägers auf Ersatz des in dieser Höhe entstandenen Schadens kann der Beklagte **nicht mit Erfolg entgegenhalten, dass der Kläger damit mehr als das erhalte, was in den Abfindungsverhandlungen mit seinem Arbeitgeber ursprünglich von ihm einmal als Abfindung angedacht gewesen war, nämlich 650.000 DM.**

Auf einen früheren Stand der Verhandlungen kommt es nicht an. Maßgeblich sind die Nachteile, die dem Kläger infolge der nachteiligen Gestaltung der Abfindungsvereinbarung, die ein pflichtgemäßes Verhalten des Beklagten verhindert hätte, tatsächlich entstanden sind. Das gibt die vorstehende Berechnung wieder.

6. Der Kläger kann den Schaden jedenfalls jetzt, d.h. nach der Abtretung durch seine Ehefrau am 28.9.2003, auch allein im eigenen Namen geltend machen.

#### IV.

Der Anspruch des Klägers ist nicht verjährt.

1. Die dreijährige Frist des § 68 StBerG begann mit dem Zugang des belastenden Steuerbescheides vom 9.10.1996. Vor Ablauf der Frist verzichtete der Beklagte am 8.10.1999 befristet auf die Einrede der Verjährung. Daran schloss sich nach den vom Beklagten nicht angegriffenen, zutreffenden Feststellungen des Land-

gerichts eine „lückenlose Reihe von Verzichtserklärungen“ an. Zuletzt verzichtete der Versicherer des Beklagten auf die Verjährungseinsrede bis zum 1.1.2003. Die am 27.12.2002 beim Landgericht eingereichte Klage hemmte deshalb die zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetretene Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB n.F., der hier wegen Art. 229 § 6 Abs. 1 EGBGB bereits anwendbar ist.

2. Sämtliche Verzichtserklärungen betrafen nach ihrem Wortlaut entgegen der Auffassung des Beklagten nicht nur die Ansprüche des Klägers, sondern ohne Einschränkung den gesamten Schadenersatzanspruch, also auch insoweit, als dieser der Ehefrau des Klägers zugestanden haben mag, die zusammen mit dem Kläger verklagt wurde.

3. Verjährung ist entgegen der Auffassung des Beklagten auch nicht wegen des auf die Ehefrau entfallenden Teils der Klageforderung deshalb anzunehmen, weil die Ehefrau ihre Schadenersatzansprüche erst nach Klageerhebung durch ihren Ehemann am 28.9.2003 an den Kläger abgetreten hat und zu diesem Zeitpunkt bezogen auf ihre Ansprüche Verjährung bereits eingetreten wäre.

Zutreffend ist allerdings, dass nur die Erhebung der Klage durch den Berechtigten die Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB n.F. hemmt. Insoweit ist eine Änderung der gesetzlichen Lage nicht eingetreten, obwohl die Neufassung im Unterschied zu § 209 Abs. 1 BGB a.F. die Erhebung der Klage durch den Berechtigten nicht mehr ausdrücklich nennt (vgl. nur Palandt/Heinrichs 63. Aufl. 2004, § 204 Rdnr. 9).

**Der Kläger war im maßgeblichen Zeitpunkt der Klageerhebung in vollem Umfang Berechtigter,** nämlich Inhaber der Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten. Ihm ist ein Steuerschaden in vollem Umfang entstanden, er schuldete die Steuer gemäß § 44 Abs. 1 AO als Gesamtschuldner mit seiner zusammen mit ihm veranlagten Ehefrau in voller Höhe.

Dementsprechend wurde er auch vom Finanzamt in Anspruch genommen und zahlte die nachgeforderte Steuer; er allein erzielte Einkommen, wie sich aus dem Steuerbescheid ergibt. Auch wenn wegen der gesamtschuldnerischen Haftung zugleich auch der Ehefrau ein Schaden entstanden sein sollte, ändert dies nichts daran, dass der Kläger Anspruchsinhaber und klageberechtigt war.

Aber auch wenn man **Mitgläubigerschaft beider Eheleute i.S.d. § 432 BGB** annehmen wollte, folgte daraus kein abweichendes Ergebnis. Auch dann ist die Hemmung der Verjährung durch die vom klagenden Ehemann erhobene Klage für den Schadenersatzanspruch insgesamt zu bejahen. Denn es ist von einer für diese Gesamtwirkung ausreichenden Prozessführungsbefugnis auszugehen, die sich aus § 744 Abs. 2 BGB ergibt (vgl. BGHZ 94, 117 = NJW 1985, 1826).

(...)

## Anwaltshaftung

- Fristverlängerungsantrag
  - Berufungsbegründung, LAG
  - Abweichende Praxis eines Senats
  - Fachanwalt
- (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.1.2004 - I-24 U 194/03)

### Leitsätze:

1. Dem Rechtsanwalt ist eine Versäumung der Berufungsbegründungsfrist nicht vorzuwerfen, wenn er rechtzeitig und mit höchstrichterlich anerkannten Gründen Fristverlängerung beantragt hat.
2. Ohne konkrete Anhaltspunkte braucht ein Rechtsanwalt die an einem Berufungsgericht vereinzelt geübte, von der höchstrichterlichen Rechtsprechung abweichende Rechtspraxis zur Verlängerung von Berufungsbegründungsfristen nicht zu kennen.

### Kurzsachverhalt (d. Senders):

Die beklagten Rechtsanwälte vertraten die Klägerin in einem Kündigungsschutzprozess. Nachdem die Klage vom Arbeitsgericht abgewiesen worden war, legten die Beklagten am 8.12.1999 beim LAG Düsseldorf Berufung ein. Am 7.1.2000 beantragten sie, die am 10.1.2000 ablaufende Berufungsbegründungsfrist um drei Wochen zu verlängern. Durch Beschluss vom 11.1.2000 lehnte der Vorsitzende der zuständigen 12. Kammer des LAG unter Hinweis auf LAG Düsseldorf (VersR 1994, 1208 = DB 1994, 1528) sowie BAG (AP Nr. 6 zu § 66 ArbGG 1979) den Verlängerungsantrag ab. Das von den Beklagten namens der Klägerin rechtzeitig gestellte Wiedereinsetzungsgesuch wurde zurück-

gewiesen, ihre Berufung unanfechtbar als unzulässig verworfen. Eine Verfassungsbeschwerde der Klägerin blieb erfolglos.

Die Klägerin hat die Beklagten wegen dieser Vorgänge auf Schadenersatz in Anspruch genommen. Das Landgericht hat ihre Klage abgewiesen. Dagegen hat die Klägerin Berufung eingelegt.

Die Berufung der Klägerin hat keine Aussicht auf Erfolg. Das Landgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die hiergegen erhobenen Angriffe der Beklagten bleiben erfolglos.

#### Aus den Gründen:

Das Urteil des Landgerichts ist richtig. Die Klägerin hat gegen den Beklagten zu 2) keinen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz aus positiver Forderungsverletzung des Anwaltsdienstvertrages (§§ 675, 611 BGB), da eine Verletzung von Anwaltpflichten durch den Beklagten zu 2) nach den gemäß § 529 Abs. 1 Nr. 1 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen nicht festgestellt werden kann. Demgemäß entfällt auch eine Haftung der übrigen Beklagten.

1. Der Senat folgt dem Landgericht darin, dass der Beklagte zu 2) die Frist zur Begründung der am 8.12.1999 vor dem LAG Düsseldorf eingelegten Berufung **nicht schuldhaft versäumt** hat (§§ 66 Abs. 1 Satz 1 ArbGG, 233, 85 Abs. 2 ZPO). Denn er durfte damit rechnen und darauf vertrauen, dass der Vorsitzende der 12. Kammer des LAG Düsseldorf die Frist zur Berufungsbegründung verlängern würde.

**Die Erwartung und das Vertrauen auf eine Verlängerung der Frist zur Berufungsbegründung sind bei normalem Verlauf der Dinge regelmäßig dann begründet, wenn der diesbezügliche Antrag auf den in der Praxis üblichen Hinweis auf Arbeitsüberlastung oder Urlaub gestützt wird.** Die besonders starke Arbeitsüberlastung des Prozessbevollmächtigten gehört zu den erheblichen Gründen i.S.d. § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG. Diese Vorschrift ist in gleicher Weise auszulegen und anzuwenden wie die im Wortlaut identische Vorschrift des § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO a.F. (jetzt § 520 Abs. 2 Satz 3 ZPO).

Danach sind die Gründe der besonders starken Arbeitsbelastung und ihre Auswirkungen auf die Bearbeitung gerade der konkreten Sache

nicht näher zu substantiieren und glaubhaft zu machen. Auch eine **Rückfrage bei Gericht**, ob der Verlängerungsantrag positiv beschieden wird oder nicht, ist vor Ablauf der Frist nicht veranlasst (BAG, NJW 1995, 1446 f).

**Als schuldhaft kann ein hierauf ausgerichtetes Verhalten des Prozessbevollmächtigten nur dann angesehen werden, wenn dem betroffenen Rechtsanwalt bekannt sein muss, dass bei dem angerufenen Gericht eine strengere, aber noch rechtmäßige Handhabung von Verfahrensvorschriften zu erwarten ist** (BVerfG, NZA 2000, 446 f; BVerfGE 79, 372 ff; BAG, NJW 1995, 1446 ff; BGH, NJW 1997, 400). Dies ist hier indes nicht der Fall.

a) Der Beklagte zu 2) hat den Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist rechtzeitig gestellt. Die Berufung gegen das Urteil des Arbeitsgerichts vom 28.9.1999 wurde innerhalb der Monatsfrist des § 66 Abs. 1 Satz 1 ArbGG, §§ 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 BGB eingelegt. Das Urteil war am 8.11.1999 der Klägerin zugestellt worden. Die Berufungsschrift ging am 8.12.1999 beim LAG Düsseldorf ein. Den am 7.1.2000 beim LAG eingegangenen Antrag zur Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist hat der Beklagte zu 2) vor Ablauf der Frist am 10.1.2000 gestellt (§ 66 Abs. 1 Satz 1 ArbGG). Seinen Fristverlängerungsantrag hat er damit begründet, „dass es noch der Einholung ausstehender Informationen bedarf, die aus Arbeitsüberlastungsgründen bis dato noch nicht erhalten worden konnten“.

Nach den dargestellten Grundsätzen war dies auch ohne nähere Konkretisierung der die Arbeitsüberlastung begründenden Umstände für die Gewährung einer Fristverlängerung als ausreichend anzusehen. Insbesondere durfte der Beklagte zu 2) auf eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist aber deshalb vertrauen, weil er seinen Antrag auch darauf stützte, zusätzliche Informationen zur Begründung der Berufung einholen zu müssen. Damit wies er auf einen über die bloße Erstellung einer Berufungsbegründungsschrift anhand von Akten hinausgehenden Aufwand hin, der insbesondere unter Berücksichtigung der soeben erst verstrichenen Weihnachtsfeiertage sowie des begangenen Jahreswechsels nachvollziehbar eine Verzögerung der Sachbearbeitung nahe legte.

Da der Gerichtsakte darüber hinaus zu entnehmen war, dass der Beklagte zu 2) an dem erstinstanzlichen Verfahren als Prozessbevoll-



mächtigster nicht beteiligt, sondern erst nach Erlass der erstinstanzlichen Entscheidung mit der Durchführung des Berufungsverfahrens beauftragt worden war, war die Erforderlichkeit weiterer Informationen gut nachvollziehbar.

Auch nach Zugang des die Fristverlängerung ablehnenden Beschlusses des LAG vom 11.1.2000 am 13.1.2000 kann dem Beklagten zu 2) eine Verletzung von Anwaltpflichten nicht angelastet werden. Er hat mit bei Gericht am 19.1.2000 eingegangenem Schriftsatz vom 18.1.2001 gemäß den §§ 46 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, 233 ff ZPO form- und fristgerecht einen Antrag auf **Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist** gestellt und darin sowohl Gründe für fehlendes Verschulden an der Fristversäumnis dargetan als auch die versäumte Prozesshandlung nachgeholt.

b) Dem berechtigten Vertrauen des Beklagten zu 2) auf eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist stand die von der höchstrichterlichen Rechtsprechung abweichende Spruchpraxis einiger Kammern des LAG Düsseldorf nicht entgegen. Denn der Beklagte zu 2) musste diese nicht zu dem Zeitpunkt kennen, als er die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist beantragt hat. Er hatte keinen Anlass, seinen Antrag auf Gewährung einer Fristverlängerung nach § 66 Abs. 1 ArbGG weiter gehend als geschehen zu begründen.

Es kann hier im Ergebnis offen bleiben, ob die Unkenntnis des Beklagten zu 2) von der Verfahrenspraxis des LAG Düsseldorf grundsätzlich eine Verletzung seiner Informations- und Fortbildungspflicht und eine dadurch veranlasste Verletzung seiner Pflicht, auch im Rahmen der formellen Prozessführung für seine Mandantin den „sichersten Weg“ zu wählen, darstellt. Denn ein Rechtsanwalt braucht sich nicht auf eine Praxis einzustellen, die die obersten Bundesgerichte – das Bundesverfassungsgericht, das Bundesarbeitsgericht und der Bundesgerichtshof – für rechtswidrig halten.

Eine Praxis, die ohne nähere Prüfung der im Einzelfall erkennbaren Umstände eine erhebliche Arbeitsüberlastung eines Prozessbevollmächtigten oder noch zu beschaffende Informationen generell nicht als „erheblich“ i.S.d. § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG ansieht, bewegt sich nicht im Rahmen zulässiger, am Einzelfall orientierter Ermessensausübung (BVerfGE 79, 372 ff; BAG, NJW 1995, 1446; BGH, NJW 1997, 400; Zöller/Greger, a.a.O.).

aa) Gemäß den §§ 43a Abs. 6 BRAO, 15 FAO ist ein Rechtsanwalt allerdings verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden und sich über die Entwicklung der für sein Fachgebiet einschlägigen Rechtsprechung zu informieren. Ein Verstoß des Beklagten zu 2) gegen die ihm obliegende **Fortbildungspflicht** kann jedoch nicht festgestellt werden.

Entgegen der von der Klägerin in ihrer Berufungsbegründung vertretenen Rechtsauffassung, kann dem Beklagten zu 2) als einem Fachanwalt für Arbeitsrecht nicht vorgeworfen werden, dass ihm die Verfahrensweise des LAG Düsseldorf unbekannt war.

Wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, musste der Beklagte zu 2) nicht allein aus der Kenntnis der Entscheidung des BAG vom 27.9.1994 sowie des Beschlusses des LAG Düsseldorf vom 23.12.1993 darauf schließen, dass das LAG seine durch Veröffentlichungen offen gelegte, im Zeitpunkt der Beantragung der Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist durch den Beklagten zu 2) aber bereits mehr als fünf Jahre zurückliegende Verfahrenspraxis aufrechterhält.

Seitdem waren vielmehr weitere **Entscheidungen des BVerfG und des BGH ergangen und veröffentlicht worden, in denen an der bis dahin einhelligen höchstrichterlichen Rechtsprechung ausdrücklich festgehalten worden war** (BVerfG, NJW 1998, 3703 f; BGH, NJW 1997, 400). Weitere Veröffentlichungen des LAG Düsseldorf, in denen es sein Festhalten an seiner bisherigen Praxis trotz des Urteils des **BAG vom 27.9.1994** zum Ausdruck brachte, sind demgegenüber seit dem Jahr 1994 ersichtlich ebenso wenig erfolgt wie Veröffentlichungen des BAG, aus denen sich eine Fortsetzung der von den höchsten Gerichten als rechtswidrig erachteten Verfahrensweise des LAG Düsseldorf seit dem Urteil des BAG vom 27.9.1994 erschließen ließ.

**Der Beklagte zu 2) durfte deshalb darauf vertrauen, dass auch das LAG Düsseldorf sich nunmehr der herrschenden höchstrichterlichen Rechtsprechung angeschlossen hatte, und die frühere Rechtsprechung des LAG Düsseldorf als überholt ansehen.**

Auch war der Beklagte zu 2) entgegen der von der Klägerin in ihrer Berufungsbegründung vertretenen Rechtsauffassung **nicht deshalb verpflichtet, sich über die in Fachzeitschriften veröffentlichten und in elektronische Daten-**

banken eingestellten Entscheidungen hinaus über die Verfahrensweisen des LAG Düsseldorf zu informieren, weil er als Fachanwalt für Arbeitsrecht seine Kanzlei im Bezirk des LAG Düsseldorf unterhält. Denn allein aus der örtlichen Nähe kann nicht der Schluss gezogen werden, der Beklagte zu 2) sei maßgeblich am LAG Düsseldorf tätig und müsse daher bereits von der Verfahrensweise der 12. Kammer Kenntnis gehabt haben.

Fachanwälte für Arbeitsrecht sind nicht an bestimmte Gerichte gebunden. Nach § 11 Abs. 2 ArbGG (in seiner auch im Januar 2000 geltenden Fassung) können Parteien vor den Landesarbeitsgerichten vielmehr durch jeden bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten werden. Der Wirkungskreis eines Fachanwalts für Arbeitsrecht muss nicht notwendigerweise auf den Bezirk beschränkt sein, in welchem er residiert, sondern kann ebenso gut außerhalb dieses Bezirkes liegen.

Sachvortrag dazu, dass der Beklagte zu 2) wiederholt vor dem LAG Düsseldorf, insbesondere dessen 12. Kammer, aufgetreten ist und dort Anträge auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist gestellt hat, liegt nicht vor. Darlegungs- und beweisbelastet hierfür ist die Klägerin (BGH, NJW 1996, 2571; 1985, 264; Zuehör, a.a.O., Rdnr. 1000).

Eine Pflicht, sich über die Verfahrensweisen des LAG Düsseldorf zu informieren, ergab sich für den Beklagten zu 2) auch nicht aus § 2 FAO. Richtig ist zwar, dass Voraussetzung für die Verleihung einer Fachanwaltsbezeichnung nach § 2 Abs. 1b FAO besondere praktische Erfahrungen sind. Zu dem Nachweis ist nach § 5c FAO jedoch kein Nachweis über praktische Erfahrungen an einem LAG, erst recht nicht an demjenigen, in dessen Bezirk die Kanzlei des Fachanwalts gelegen ist, erforderlich.

Nach § 5c FAO werden solche Erfahrungen vielmehr durch die Bearbeitung von 100 arbeitsrechtlichen Mandaten aus bestimmten Themenbereichen nachgewiesen, wovon mindestens die Hälfte gerichts- oder rechtsförmliche Verfahren sein müssen. Die Bezeichnung als Fachanwalt für Arbeitsrecht kann damit ausschließlich durch den Nachweis von vor einem Arbeitsgericht verhandelten Mandaten erworben werden. Nach § 15 FAO genügt ein Fachanwalt seiner Pflicht zur Fortbildung darüber hinaus bereits durch eine jährliche Teilnahme an einer mindestens zehnstündigen Fachtagung.

bb) Entscheidend aber ist, dass sich ein Rechtsanwalt grundsätzlich nicht auf eine Praxis einzustellen braucht, die die obersten Gerichte für rechtswidrig halten. Aus dem Urteil des BAG vom 23.9.1994 durfte der Beklagte zu 2) schließen, dass das BAG die vom LAG Düsseldorf praktizierte Verfahrensweise als rechtswidrig ansah und damit auch dem im Urteil des BAG vom 27.9.1994 zitierten Beschluss des LAG Düsseldorf vom 23.12.1993 (DB 1994, 1528 = VersR 1994, 1208 f) jede Präjudizwirkung absprach (BAG, NJW 1995, 1446 f).

Soweit die Klägerin ausführt, das BAG habe jedoch einschränkend dahin entschieden, dass einen Rechtsanwalt seit der Veröffentlichung des Beschlusses des LAG Düsseldorf im Jahr 1994 jedenfalls eine Pflicht zur rechtzeitigen Rückfrage bei Gericht vor Ablauf der Antragsfrist treffe (BAG, NJW 1995, 1446, 1447 unten), verkennt sie, dass dies Gültigkeit nur so lange haben konnte, wie sich die Verfahrenspraxis des LAG Düsseldorf als solche auch nach außen erkennbar darstellte.

Nach einem Zeitablauf von mehr als fünf Jahren, in dem insbesondere in Ansehung des Urteils des BAG keine weiteren Veröffentlichungen stattfanden, brauchte der Beklagte zu 2) aber – wie bereits ausgeführt worden ist – nicht mehr davon auszugehen, dass das LAG Düsseldorf nach wie vor seine als rechtswidrig bezeichnete Verfahrenspraxis aufrechterhielt.

**Das BAG hat in seinem Urteil vielmehr ausdrücklich klargestellt, dass eine Erkundigungspflicht des Rechtsanwalts grundsätzlich nicht bestehe, da er stets berechtigt sei, Fristen bis zum letzten Tag auszuschöpfen (BAG, a.a.O.).**

Der in Bezug genommene Inhalt des Urteils des BAG versteht sich nur vor dem Hintergrund, dass zum damaligen Zeitpunkt das zukünftige Verhalten des LAG, das sich nicht nur durch seine weitere Verfahrenspraxis, sondern auch durch dessen Offenlegung in Fachzeitschriften zeigen würde, nicht absehbar war.

Der Beklagte zu 2) brauchte sich auch nicht darauf einzustellen, dass das LAG darüber hinaus von dem ihm nach den §§ 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG, 233 ZPO eingeräumten Ermessen selbst dann keinen Gebrauch machte, wenn für das Gericht erkennbare objektive Umstände die geltend gemachte Arbeitsüberlastung bereits als wahrscheinlich erscheinen lassen.

## Steuerberaterhaftung

Wie bereits ausgeführt worden ist, stellte sich die vom Beklagten zu 2) als notwendig erachtete Informationsbeschaffung als ausreichender Grund für die Fristverlängerung dar. Neben der ohnehin vorhandenen Arbeitsüberlastung ergab sich dieser wegen des erst nach Erlass des Urteils des Arbeitsgerichts erteilten Auftrags und der verstrichenen Feiertage.

Dies ging noch über die von der höchstrichterlichen Rechtsprechung an ein Verlängerungsgesuch gestellten Anforderungen hinaus. Wie sowohl der Beschluss des LAG Düsseldorf vom 11.1.2000 als auch der vom 23.2.2000 zu erkennen geben, hat eine Auseinandersetzung mit den näheren Umständen des Einzelfalles und damit eine Ermessensausübung nicht stattgefunden.

Dem Beschluss vom 23.12.1993 entsprechend hat das LAG Düsseldorf vielmehr allein aufgrund der seiner Meinung nach „pauschal“ formulierten Begründung sowohl des Verlängerungsantrags als auch des Wiedereinsetzungsgesuchs beide Anträge als unbegründet zurückgewiesen, ohne die sich bereits aus der Akte als auch objektiv und jahreszeitbedingten besonderen Umstände in seine Entscheidungsfindung einzubeziehen. Mit einem solchen Ermessensnichtgebrauch aber brauchte der Beklagte zu 2) nicht zu rechnen.

Eine andere Beurteilung ergibt sich auch nicht aus dem von der Klägerin mit ihrer Berufungsbegründung zur Akte gereichten Beschluss des BVerfG vom 27.6.2000, mit dem die Verfassungsbeschwerde der Klägerin nicht zur Entscheidung angenommen worden ist. Soweit die Klägerin darin eine Bestätigung der von ihr vertretenen Auffassung sieht, dem Beklagten zu 2) sei eine Verletzung von Anwaltpflichten anzulasten, gibt der Beschluss für diese Rechtsauffassung nichts her.

Die Feststellung, eine Verletzung von Grundrechten der Klägerin in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip durch die Beschlüsse des LAG sei nicht ersichtlich, kann ebenso gut darin begründet sein, dass die von der Klägerin beabsichtigte Berufung keine Aussicht auf Erfolg hatte.

2. Der Senat weist darauf hin, dass eine Rücknahme der Berufung vor Erlass einer Entscheidung nach § 522 Abs. 2 ZPO kostenrechtlich privilegiert ist.

- Belehrungspflicht
  - Vorsteuer, Rechnung
  - Verjährung, § 68 StBerG
  - Einheitlicher Beginn, Steuern und Nebenforderungen
  - Erklärung eines Sozios
- (OLG Düsseldorf, Ur. v. 14.10.2003 - 23 U 208/02)

### Leitsätze:

1. Der Wortlaut von Rechnungen stellt ein gewichtiges Indiz dafür dar, ob die berechnete Leistung für den die Vorsteuer geltend machenden Unternehmer erbracht wurde (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG). Ein Steuerberater ist deshalb verpflichtet, den zum Vorsteuerabzug berechtigten Mandanten zur Vorlage von Rechnungen zu veranlassen, die ausschließlich an ihn - den vorsteuerabzugsberechtigten Mandanten - gerichtet sind, sofern dies nach den tatsächlichen Verhältnissen den Leistungsempfänger nicht unzutreffend wiedergibt.

2. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG wird bei einer vor Erlass eines Steuerbescheides begangenen Pflichtverletzung des Steuerberaters mit der Bekanntgabe des belastenden Bescheides gemäß den §§ 122, 155 AO in Lauf gesetzt. Von der Verjährung ist auch ein Anspruch des Mandanten auf Erstattung von Aussetzungszinsen erfasst.

Die Verjährung bleibt in diesem Sinne einheitlich als mit dem Zugang des Ursprungsbescheides beginnend auch dann zu beurteilen, wenn einzelne Schadenpositionen (Steuerbelastung aus dem Ursprungsbescheid) inzwischen entfallen, andere dagegen (Aussetzungszinsen und Gerichtskosten) verblieben sind.

3. Die Erklärung des Mitglieds einer Steuerberater-sozietät, durch die die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs des Mandanten unterbrochen oder eingeschränkt wird, wirkt regelmäßig auch gegenüber der Gesamthand sowie den persönlich auf Erfüllung des Schadenersatzanspruchs haftenden anderen Mitgliedern der Sozietät (BGH, NJW-RR 1996, 313).

Das gilt nicht, wenn das die Erklärung abgebende Sozietätsmitglied die Aussage nicht auf die Sozietät bezieht. Das ist dann der Fall, wenn zum Ausdruck gebracht wird, dass nicht die Sozietät insgesamt, sondern nur ein anderes Mitglied der Sozietät, nicht aber der Erklärende selbst hafte.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Beklagten hat in der Sache in vollem Umfang Erfolg. Das Landgericht hat der Klage zu Unrecht im Wesentlichen stattgegeben. Die Entscheidung des Landgerichts beruht auf einer Rechtsverletzung (§§ 513, 546 ZPO). Der Anspruch des Klägers ist nämlich verjährt.

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB).

I.

Ein Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den beklagten Steuerberater aus positiver Verletzung des Steuerberatervertrages ist entstanden.

1. Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag dadurch verletzt, **dass er bei der Erstellung der Buchführung für die Jahre 1987 und 1989, spätestens bei Anfertigung der Umsatzsteuererklärungen für diese Jahre es versäumte, den Kläger zur Vorlage von Rechnungen zu veranlassen, die ausschließlich an ihn – den Kläger – adressiert waren.** Das hat bereits das Landgericht in der angefochtenen Entscheidung zutreffend ausgeführt.

Eine Pflichtverletzung entfällt entgegen den Ausführungen in der Berufungsbegründung nicht deshalb, weil die Rechnungen selbst nicht zusammen mit der Umsatzsteuererklärung beim Finanzamt eingereicht wurden. Der Beklagte hätte bei seiner steuerlichen Beratung vielmehr auch berücksichtigen müssen, dass das Finanzamt gleichwohl von den Rechnungen Kenntnis erlangen könnte – wie hier im Rahmen der späteren Betriebsprüfung im Jahre 1993 tatsächlich geschehen. Dass der Wortlaut der Rechnung zumindest ein gewichtiges Indiz dafür darstellt, ob die berechnete Leistung für den die Vorsteuer geltend machenden Unternehmer erbracht worden war (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG), liegt auf der Hand.

**Der Beklagte war nicht verpflichtet, dem Kläger ein bestimmtes Vorgehen zu empfehlen. Er musste ihn aber über die steuerrechtlichen Folgen bzw. Risiken der vorliegenden Rechnungen aufklären.** Dann wäre dem Kläger die Möglichkeit eröffnet gewesen, rechtzeitig für die Ausstellung geänderter Rechnungen zu sorgen.

Dabei hätte es sich auch nicht um Scheinrechnungen gehandelt, wie die Berufungsbegründung zu Unrecht ausführt, zu deren Ausstellung der Beklagte nicht hätte raten dürfen. Wie sich spätestens im finanzgerichtlichen Verfahren gezeigt hat, waren die Leistungen tatsächlich für den Kläger allein ohne Beteiligung seiner Ehefrau bestimmt. Die geänderten Rechnungen sind nach Abschluss des finanzgerichtlichen Verfahrens auch vom Finanzamt akzeptiert worden.

2. Diese Pflichtverletzung war **ursächlich** für die Versagung des Vorsteuerabzugs für 1987 und 1989 mit Bescheid vom 14.7.1993. Der Beklagte beruft sich zwar nicht ganz zu Unrecht darauf, dass das Finanzamt seine Entscheidung noch auf weitere Umstände stützte. So spielte das gemeinsame Auftreten der Eheleute T. im baubehördlichen Genehmigungsverfahren sowie bei Abschluss des einzigen schriftlichen Werkvertrages eine Rolle. Gleichwohl hatte bereits seinerzeit das Finanzamt den Vorsteuerabzug teilweise, nämlich insoweit anerkannt, als die Bauunternehmer ihre Rechnungen ausschließlich an den Kläger gerichtet hatten.

Das zeigt bereits hinreichend deutlich, **dass für das Finanzamt letztlich die Adressierung der Rechnung entscheidend war.** Demgemäß war auch die Neuausstellung der Rechnungen auf den Kläger der maßgebliche Inhalt der späteren tatsächlichen Verständigung, was zur Anerkennung des Vorsteuerabzugs führte. Vor diesem Hintergrund hat der Senat – dem Landgericht folgend – keinen Zweifel daran, dass es zu dem Bescheid vom 14.7.1993 nicht gekommen wäre, wenn sämtliche Rechnungen von vornherein ausschließlich auf den Kläger ausgestellt worden wären (§ 287 ZPO). Dann wäre auch die Notwendigkeit einer Aussetzung der Steuerbeträge und der Führung eines finanzgerichtlichen Verfahrens entfallen.

Dadurch dürfte dem Kläger auch ein **Schaden** entstanden sein, wenn auch dessen genaue Höhe nicht ganz zweifelsfrei ist. Zunächst wären die Gerichtskosten für die beiden 1987 und 1989 betreffenden Verfahren in einer Gesamthöhe von 1.348,88 DM (828,88 DM zzgl. 520 DM) dann nicht entstanden. Ob darüber hinaus vom Kläger auch Aussetzungszinsen in der geltend gemachten Höhe von 32.525 DM zu zahlen sind, steht noch nicht fest. Das diese Frage betreffende Verfahren (Finanzgericht) ist zwar inzwischen aus unbekannten Gründen mit einer Abweisung der Klage beendet. Es ist

aber Nichtzulassungsbeschwerde zum BFH erhoben, die mit Blick auf den Vorlagebeschluss des BFH vom 21.3.2002 (*Vorlage beim EuGH, BFHE 198, 226; s. auch Niedersächsisches Finanzgericht, EFG 2001, 1414*) nicht aussichtslos erscheint. Nach EG-Recht soll es für die Entstehung der Vorsteuerabzugsberechtigung allein auf den Zeitpunkt ankommen, in dem die Leistung bewirkt wurde (hier 1987 bzw. 1989). Der Zeitpunkt des Rechnungserhalts soll unerheblich sein.

## II.

Weitere Einzelheiten zur Entstehung des Anspruchs, insbesondere zur genauen Schadenhöhe, erübrigen sich ebenso wie die von den Parteien angeregte Aussetzung des Verfahrens gemäß § 148 ZPO, weil der Anspruch jedenfalls verjährt ist.

1. Die Grundlagen hierzu sind in der Rechtsprechung entgegen der Auffassung des Klägers insbesondere in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat geklärt. Die dreijährige **Verjährungsfrist des § 68 StBerG** wird bei einer vor Erlass eines Steuerbescheides begangenen Pflichtverletzung des Steuerberaters mit der **Bekanntgabe des belastenden Bescheides** gemäß den §§ 122, 155 AO in Lauf gesetzt (*BGH, NJW 1995, 2108; NJW 1996, 1895; Senat, OLGR Düsseldorf 2003, 282 m.w.N.*).

Das war hier nach den Feststellungen des landgerichtlichen Urteils am 15.7.1993 der Fall. Verjährung trat deshalb am 15.7.1996 ein. Auch wenn die Voraussetzungen der Sekundärverjährung vorliegen sollten, was offen bleiben kann, wäre die hieraus folgende, mit dem Ablauf der Primärverjährung beginnende Frist am 15.7.1999 abgelaufen, also ebenfalls vor Klageerhebung im Jahre 2001.

**Von der Verjährung ist auch ein Anspruch des Klägers auf Erstattung der Aussetzungszinsen erfasst.** Der einheitlichen Verjährungsfrist unterliegen nämlich die durch Steuerfestsetzung bereits eingetretenen Schäden und die zu diesem Zeitpunkt bereits vorhersehbaren und später erst eingetretenen adäquat verursachten Nachteile, denn die Verjährung bei einem sich erst nach und nach entwickelnden Schaden aus ein und derselben Verletzungshandlung kann – anders als bei mehreren selbstständigen Handlungen des Schädigers – bereits eingetreten sein, bevor sich ein späterer Folgenachteil einstellt.

Dies gilt für alle unselbstständigen steuerlichen Nebenkosten, insbesondere auch für später festgesetzte Aussetzungszinsen (*BGH, NJW 1996, 1895; Senat, a.a.O., m.w.N.*) und die Gerichtskosten in dem Verfahren, in dem der belastende Steuerbescheid angefochten wird.

Diese Grundsätze finden auch im vorliegenden Fall Anwendung, in dem der ursprüngliche, belastende Steuerbescheid vom 14.7.1993 keinen Bestand hatte, nachdem die Berechtigung zum Vorsteuerabzug später im Laufe des finanzgerichtlichen Verfahrens anerkannt wurde. Gemäß § 68 StBerG beginnt die Verjährung nämlich mit der Entstehung des Anspruchs. Dazu gehört neben der Pflichtverletzung des Steuerberaters auch der Eintritt eines Schadens.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verschlechtert sich die Vermögenslage des Mandanten infolge der Fehlberatung gegenüber seinem früheren Vermögensstand und entsteht ein entsprechender Schaden bereits dadurch, dass die Finanzbehörde mit dem Erlass des Steuerbescheides ihren hauptsächlichen Entscheidungsprozess zuungunsten des Steuerpflichtigen abschließt, den öffentlich-rechtlichen Steueranspruch konkretisiert und die Grundlage für die Verwirklichung dieses Anspruchs schafft.

**Daran ändert nichts, dass ein solcher Steuerbescheid noch geändert oder aufgehoben werden kann. Ein Schaden ist auch dann entstanden, wenn noch nicht feststeht, ob er bestehen bleibt und damit endgültig wird** (*BGH, NJW 1995, 2108; BGHZ 119, 69 m.w.N.*).

Demgemäß beginnt auch im vorliegenden Fall die Verjährung mit dem Zugang des Bescheides vom 14.7.1993, der die dem Kläger nachteilige, auf einer Pflichtverletzung des Beklagten beruhende Entscheidung über die Versagung des Vorsteuerabzugs enthielt.

Dieser Bescheid musste für den Kläger Anlass sein, das bisherige Verhalten des Beklagten zu überprüfen, ggf. anwaltlichen Rat einzuholen und daraufhin die Verjährung unterbrechende Maßnahmen zu erwägen. **Die Verjährung bleibt einheitlich als mit dem Zugang des Ursprungsbescheides beginnend zu beurteilen, auch wenn einzelne Schadenpositionen (Steuerbelastung aus dem Ursprungsbescheid) inzwischen entfallen, andere dagegen (Aussetzungszinsen und Gerichtskosten) verblieben sind.**

Dieser einheitliche Verjährungsbeginn ist auch nicht dadurch in Frage gestellt, dass der Beklagte oder – ihm zurechenbar – der Zeuge M. **in der Folgezeit weitere Pflichtverletzungen** dadurch begangen hätten, dass sie auch bei weiteren Gelegenheiten (etwa Einspruch und Antrag auf Aussetzung) nicht darauf hingewiesen hätten, dass sicherheitshalber geänderte Rechnungen eingeholt werden sollten.

**Diese bloße Wiederholung der ursprünglichen, den Schadenersatzanspruch begründenden Pflichtverletzung ist nicht in dem Sinne selbstständig, dass sie die vorangegangene schaden- auslösende Pflichtverletzung gleichsam auf- hob und wegen ihrer Dauerwirkung eine neue Verjährung beginnen ließ** (vgl. *Senat, Gl 2003, 140 = OLGR Düsseldorf 2003, 94 m.w.N.*).

2. Diesem Ergebnis steht nicht entgegen, dass der Zeuge M. mit Wirkung zulasten des Beklagten die Forderung des Klägers rechtzeitig, d.h. vor Eintritt der Verjährung anerkannt hätte i.S.d. § 208 BGB oder dem Kläger in anderer Weise die Erfüllung seiner Forderung derart in Aussicht gestellt hätte, dass die Erhebung der Verjährungseinrede durch den Beklagten als treuwidrig erschiene.

Dabei sind an den **Einwand der unzulässigen Rechtsausübung** (§ 242 BGB) mit Rücksicht auf den Zweck der Verjährungsregelung strenge Anforderungen zu stellen, so dass dieser nur gegenüber einem **groben Verstoß gegen Treu und Glauben** durchgreifen kann (*BGH, NJW 1996, 1895*).

a) **Der Beklagte selbst hat keinerlei Erklärungen abgegeben**, aus denen ein Anerkenntnis entnommen oder eine Treuwidrigkeit der späteren Erhebung der Verjährungseinrede gefolgert werden könnte.

b) Auch aus den früheren Äußerungen des Zeugen M. folgt nichts anderes. Diese sind schon deshalb nicht geeignet, ein Anerkenntnis oder einen Vertrauenstatbestand zugunsten der Erfüllung bestimmter Ansprüche des Klägers zu begründen, weil der Kläger zum damaligen Zeitpunkt noch gar keine Ansprüche gegenüber dem Beklagten geltend gemacht hatte. Insbesondere mit dem jetzt allein in Anspruch genommenen Beklagten hatte es überhaupt keine Gespräche, insbesondere auch nicht solche über die Berechtigung von Schadenersatzbegehren des Klägers gegeben.

Soweit man gleichwohl die Ansicht vertreten sollte, den früheren Äußerungen des Zeugen M., wie sie sich nach dem Ergebnis der erstinstanzlichen Beweisaufnahme darstellen, Erklärungen entnehmen zu können, die verjährungsrechtliche Auswirkungen welcher Art auch immer haben könnten, sind diese dem Beklagten nicht zuzurechnen.

Der Zeuge M. ist bei dem Beklagten nicht an- gestellt, sondern mit ihm seit 1992 in einer Sozietät verbunden. Für derartige Fälle hat der Bundesgerichtshof entschieden, **dass die Erklärung des Mitglieds einer Steuerberatersozietät, durch die die Verjährung eines Schadenersatz- anspruchs des Mandanten unterbrochen oder eingeschränkt wird, regelmäßig auch gegen- über der Gesamthand sowie den persönlich auf Erfüllung des Schadenersatzanspruchs haften- den anderen Mitgliedern der Sozietät wirke** (*BGH, NJW-RR 1996, 313*).

Das folgert der Bundesgerichtshof daraus, dass verjährungsunterbrechende oder -einschränken- de Erklärungen auch durch einen Bevollmäch- tigten des Schuldners abgegeben werden kön- nen. Daher ergebe sich – so der BGH weiter – aus der Eigenart der Steuerberatersozietät, dass nach außen hin, soweit es um das Verhältnis zu dem Mandanten geht, jeder Sozius befugt sei, für die Gesellschaft zu handeln und diese zu be- rechtigen und zu verpflichten.

Das gelte nicht nur für die Annahme eines Mandats, sondern führe auch zur Haftung der Gesamthand auf Schadenersatz bei Pflicht- verletzen. Demgemäß müssten auch – ab- weichend von § 425 BGB – Erklärungen mit Aus- wirkung auf die Verjährung Gesamtwirkung haben.

Nach diesen Grundsätzen hat der Zeuge M. keine verjährungsunterbrechenden oder -ein- schränkenden Erklärungen abgegeben, die zulasten der Sozietät und damit auch zulasten der persönlichen Haftung des Beklagten gehen könnten. Der Zeuge M. hat nämlich in seiner Aussage deutlich gemacht, **dass er selbst sich nicht zum Schadenersatz verpflichtet sieht, weil die Sozietät zum Zeitpunkt der Pflicht- verletzung noch nicht bestanden hatte**.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der Aussage des Zeugen N. Vielmehr hat dieser die Äußerung des Zeugen M. auch dahin gehend verstanden, dass dieser sich selbst nicht für verpflichtet hielt.

## GI Hinweis

Das ist gerade das Gegenteil eines für die Sozietät erklärten Anerkenntnisses. Den Äußerungen konnte der Kläger auch keinerlei Vertrauensstatbestand für eine Haftung der Sozietät entnehmen, wobei offen bleiben kann, ob diese Ansicht des Zeugen zutrifft oder ob er wegen der Mandatsübernahme ab 1992 und eigener Versäumnisse in der Folgezeit hinsichtlich der Änderung der Rechnungen nicht doch ebenfalls gesamtschuldnerisch mit dem Beklagten haftet.

Eine Vollmacht, allein zulasten des Beklagten unter Umgehung einer Verpflichtung der Sozietät Erklärungen abzugeben, hatte der Zeuge M. nicht. Sie ergibt sich erst recht nicht aus der „Eigenart der Steuerberatersozietät“ (BGH, a.a.O.), die nicht begründen kann, dass ein Mitglied der Sozietät unter Verneinung der eigenen Verantwortlichkeit Erklärungen zulasten eines anderen Sozietätsmitglieds abgibt.

Der Kläger durfte nicht darauf vertrauen, dass der an sämtlichen Gesprächen überhaupt nicht beteiligte Beklagte den erst mit der Klage geltend gemachten Schadenersatzanspruch befriedigen würde, ohne sich auf Verjährung zu berufen. Der Kläger hätte allen Anlass gehabt, sich anwaltlich beraten zu lassen und mit dem in Anspruch genommenen Beklagten selbst Kontakt aufzunehmen, ggf. verjährungsunterbrechende Maßnahmen zu ergreifen, wobei eine Feststellungsklage ausgereicht hätte.

(...)

## GI Leitsätze

### Notar/Belehrungspflichten/Ungesicherte Vorleistung

1. Den Notar trifft eine doppelte Belehrungspflicht, falls ein Urkundsbeteiligter eine ungesicherte Vorleistung erbringen soll. Er hat diesen über die Folgen der Leistungsunfähigkeit des durch die Vorleistung Begünstigten und über mögliche Wege zur Vermeidung der hiermit verbundenen Risiken zu belehren.

2. Ein Notar, der mit der Durchführung eines Vertrages im Sinne eines selbstständigen Vollzugsauftrages beauftragt ist, hat über den in §§ 18, 53 BeurkG erfassten Tätigkeitsumfang hinausgehende Verpflichtungen.

(OLG Schleswig, Urt. v. 1.4.2004 - 11 U 184/02, OLG-Report 2004, 390)

### Erman: BGB

Die 11. Auflage des einzigen zweibändigen Kommentars zum BGB liegt vor.

Die Neuauflage dieses klassischen Handkommentars bietet die bekannten Erman-Vorteile: ausgezeichnete Qualität zum erstaunlich günstigen Preis, wissenschaftlicher Anspruch gepaart mit uneingeschränkter Alltagsauglichkeit, also die ideale Synthese aus praxisorientierter Darstellung und wissenschaftlicher Tiefe sowie höchste Aktualität in beiden gleichzeitig erscheinenden Bänden.

Auf dem traditionell hohen Niveau des Erman kommentieren der Herausgeber, Prof. Dr. Harm Peter Westermann, und 41 namhafte Autoren aus Wissenschaft und Praxis das BGB und Nebengesetze in ihrer aktuellen Fassung:

Unterlassungsklagengesetz (UkLaG) – neu; Wohnungseigentumsgesetz (WEG) – neu; Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft – Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) – neu; BGB-Informationspflichten-Verordnung (BGB-InfoV), deren einzelne Abschnitte den jeweils relevanten Bereichen zugeordnet sind und dort kommentiert werden – neu; Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB); Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG); Verordnung über das Erbbaurecht (ErbbaVO); Verordnung über die Behandlung der Ehewohnung und des Hausrats (HausratsVO).

Vor allem die in der Praxis auftretenden Probleme bei der Anwendung des neuen Rechts werden ausführlich behandelt. So auch folgende Themenkreise:

Haftungsbeschränkungen im Gebrauchtwagenhandel, Rückgriffsansprüche innerhalb einer Lieferkette gemäß § 478 BGB, Rechtsfolgen vorbehaltloser Mietzahlungen bei Kenntnis vom Mangel, Fortgeltung der Altvertragskündigungsfristen, Anbieterspflicht von Alternativwohnungen bei Eigenbedarfskündigung.

Sozusagen ein kleiner Großkommentar, von ausgezeichneter Qualität.

Herausgegeben von Prof. Dr. Harm Peter Westermann, bearbeitet von 42 Autoren – 11. neu bearbeitete Auflage 2004, Aschendorff Rechtsverlag Münster/Köln, I. Bd.: 2.983 Seiten, II. Bd.: 2.925 Seiten, gebunden im Schuber, 298,- €/470,- SFr, ISBN 3-933188-22-9



# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-6/2004

## Abfindungsvergleich

- Belehrungspflicht des StB 2004, 185
- Ratenzahlung 2004, 185
- Steuerschaden 2004, 185

## Abtretung

- Steuererstattung 2004, 107

## Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Risikohinweise 2004, 169

## Anerkennung

- > der Honorarforderung 2004, 77
- Honoraranspruch 2004, 45

## Anlageberatung

- Options-/Warentermingeschäft 2004, 169
- Prognosen 2004, 93
- Risiken 2004, 93
  - = Einkommensentwicklung 2004, 169
- Risikohinweise 2004, 169
- Schaden 2004, 93
  - = Wertentwicklung

## Auskunftsvertrag

- Abschluss, stillschweigender 2004, 12, 40
- Auskunft, unvollständige 2004, 12
  - = Belehrungspflichten 2004, 12
  - = Erkenntnisquellen 2004, 40
- Pflichten, vorvertragliche

## Auslegung

- Einspruch 2004, 33
- Erklärung 2004, 33

## Belehrungspflicht des RA

- Abfindungsvergleich 2004, 138
- Gütertrennung 2004, 77
- Prozessauftrag 2004, 77
  - = Erfolgsaussichten 2004, 77
  - = Vergleich 2004, 138
- Sozialplan 2004, 167
- Tod der Gegenpartei, Erben
- Vergleichsabschluss 2004, 138
  - = Vor- und Nachteile 2004, 77
- Zuwendungen, ehebedingte

## Belehrungspflicht des StB/WP

- Abfindungsvergleich 2004, 185
  - = Ratenzahlung, Steuerschaden
- AfA, Alternativen 2004, 72
  - = §§ 7b oder 7 Abs. 5 EStG
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2004, 123
  - = Aufklärung durch BP 2004, 54
  - = Grundstückshandel, gewerblicher 2004, 54
  - = Reinvestitionsrücklage, § 6b EStG
- Bewertung 2004, 9
  - = Forderungen 2004, 9
  - = Prüfungshandlungen 2004, 40
- Drittbezogenheit 2004, 150
- Fristeinhaltung
- Fristversäumnis, unverschuldetes 2004, 136
  - = Fristberechnung, Postlaufzeit
- Gesellschaftsanteile, Erwerb von > 2004, 127

- Grunderwerbsteuer 2004, 127
  - = Erwerb von Gesellschaftsanteilen 2004, 54
- Grundstückshandel, gewerblicher 2004, 72
  - Objektverbrauch 2004, 195
  - Rechnung, ordnungsgemäße 2004, 54
  - Reinvestitionsrücklage, § 6b EStG
- Umwandlung 2004, 9
  - = Bewertung 2004, 9
  - = Einbringung Einzelfirma in GmbH 2004, 9
  - = Mindestkapital 2004, 9
  - = Sachgründungsbericht, fehlerhafter 2004, 40
- Unternehmenserfolg 2004, 40
- Vorsteuer 2004, 40
- Warnpflicht

## Berufsrecht des StB

- StB und RA 2004, 67
- Zuständigkeit des Berufsgerichts 2004, 67

## Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag 2004, 191
  - = LAG Düsseldorf 2004, 191
  - = > am vorletzten Tag

## Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

- Anordnung, einstweilige 2004, 67
- Datenbestände des RA/StB 2004, 67

## Betriebsaufgabe

- Alternativgestaltung 2004, 114
- Belehrungspflichten 2004, 114
- Betriebsverpachtung 2004, 114
- Entnahmegewinn 2004, 114

## Betrug

- Vermögensschaden 2004, 101

## Beweislast

- Anscheinsbeweis 2004, 72
  - = Alternativgestaltung 2004, 72
- Beweiserleichterung, § 287 ZPO 2004, 72
- Parteivernehmung

## Bilanzerstellung

- >, unterlassene, 2004, 101
  - § 283 Abs. 1 Nr. 7 StBG 2004, 88
- Unterschlagungsprüfung

## Buchführungsauftrag

- Belehrungspflicht 2004, 88
  - = Unstimmigkeiten 2004, 88
- Prüfung der Unterlagen 2004, 88
- Unstimmigkeiten

## DATEV-Daten

- Herausgabepflicht 2004, 178

## Dritthaftung

- Drittbezogenheit 2004, 40
  - = Warnpflicht 2004, 6
- Sachverständiger, gerichtlicher

## Einspruch

- Auslegung 2004, 33

<b>Feststellungsklage</b>			
- > und Leistungsklage	2004, 54	- Spekulationsfrist = Grundstücke	2004, 70
<b>Fristenkontrolle</b>		- Versorgungsleistungen = Last, dauernde	2004, 2
- Aktenvorlage = Fristprüfung	2004, 136	- Werbungskosten = PC, gemischte Nutzung = Promotion	2004, 106 2004, 71
- Berufungsbegründungsfrist = Urteil 1. Instanz	2004, 173	<b>GmbH</b>	
- Empfangsbekenntnis = Beweislast = Datumsangabe	2004, 38 2004, 38	- Eigenkapital, negatives - Geschäftsführer = Steuerhaftung	2004, 12 2004, 173
- Fristenkontrollbuch = Erledigungsvermerk = Fristnotierung = Fristvermerk, Handakte = Organisationsverschulden - zwei Prozessbevollmächtigte = Zustellungsdatum	2004, 43 2004, 43 2004, 43 2004, 76 2004, 76 2004, 33	<b>Grundstückshandel</b>	
- > des FA		- Belehrungspflichten - Umlaufvermögen	2004, 54 2004, 54
- Fristversäumnis, unverschuldetes = Erkrankung - > des Prozessbevollmächtigten = Faxübermittlung = PC-Absturz	2004, 173 2004, 176 2004, 176	<b>Herausgabepflicht des StB</b>	
- Handakte = Fristvermerk	2004, 43	- DATEV-Daten - Insolvenz des Mandanten	2004, 178 2004, 178
- Organisationsanweisung = Erledigungsvermerk = Fristnotierung = Zustellungsdatum - Feststellung des > - Mitteilung an RA	2004, 43 2004, 43 2004, 76 2004, 76	<b>Honoraranspruch des RA</b>	
- Telefax/Telebrief = Ausgangskontrolle = Sendebericht	2004, 67 2004, 67	- Angelegenheit, § 13 BRAGO - Gebührenanspruch, § 18 Abs. 2 BRAGO - Honorarklage = Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO - Honorarschein	2004, 131 2004, 87 2004, 101 2004, 87
- Zustellung = Empfangsbekenntnis = zwei Prozessbevollmächtigte	2004, 38 2004, 76	- Honorarvereinbarung, § 3 Abs. 1 BRAGO - Rückforderungsanspruch, § 812 BGB = Ausschluss des >, § 814 BGB - Schlechtleistung - Vergleichsgebühr, § 23 BRAGO	2004, 87 2004, 131 2004, 119 2004, 131
<b>Gerichtsstand</b>		<b>Honoraranspruch des StB/WP</b>	
- Handlung, unerlaubte	2004, 86	- Anerkenntnis	2004, 45
- Regressklage	2004, 86	- Besprechungsgebühr, § 31 StBGebV = Mandantenbesprechung = Steuerfahndung	2004, 182 2004, 182
<b>Gewerkschaft</b>		- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV = Rückzahlungsanspruch	2004, 182
- Mandatsvertrag	2004, 149	- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV = Höchstsatz = Selbstanzeige	2004, 182 2004, 182
<b>Gewinnausschüttung, verdeckte</b>		- Rechnung, fehlerhafte = Berichtigung	2004, 27
- Geschäftschance	2004, 48	- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB = Beweislast	2004, 27
- Kausalität	2004, 48	= Leistungen, erbrachte	2004, 27
- Verzicht auf Regress	2004, 48	= Nettobetrag	2004, 182
- Wettbewerbsverbot	2004, 48	= Rechnung, korrigierte = Schuldanerkenntnis, deklaratorisches = Vorschüsse	2004, 27 2004, 182 2004, 45
<b>GI Aktuell</b>		- Schuldumwandlung	
- Bewirtungskosten = Anwalt	2004, 106	- Selbstanzeige = Mittelgebühr	2004, 182
- Eigenheimzulage = Erwerb, Konkursmasse	2004, 105	- Steuerberater/Rechtsanwalt = StBGebV/RVG?	2004, 182
- Einnahmen-/Überschussrechnung = Betriebsvermögen, gewillkürtes	2004, 36	- Vereinbarungsdarlehen, § 607 Abs. 2 BGB	2004, 45
- Einrichtungen für „betreutes Wohnen“ = Anforderungen für AfA	2004, 37	- Verjährungsverzicht = >, konkludenter	2004, 45
- Entfernungspauschale = Fahrten, zusätzliche	2004, 3	<b>Kausalität</b>	
- Erbfolge, vorweggenommene = Last, dauernde = Versorgungsleistungen	2004, 2 2004, 2	- Alternativgestaltung	2004, 114
- Gewerbesteuer = Verfassungswidrigkeit	2004, 37, 173	- Betriebsaufgabe	2004, 114
- Mietverträge mit Angehörigen	2004, 104	- Entnahmegewinn	2004, 114
		- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden = Alternativgestaltung = Beweisführung, § 287 ZPO	2004, 20 2004, 20

= Gewinnausschüttung, verdeckte	2004, 48	- Unterhaltsklage	
= Handlungsalternativen?	2004, 48	= Abänderungsklage	2004, 119
= Umwandlung	2004, 20	- Vergleich	
= Verhalten, beratungskonformes	2004, 114	= Belehrungspflichten	2004, 169
- Kaufvertrag, Vorteile	2004, 12	= Versorgungsausgleich, Verzicht	2004, 169
- Unterbrechung der >		- Vertragsverhandlungen	2004, 145
= Rücksichtnahme			
- > gg. Arbeitnehmer	2004, 123	<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>	
= Verhalten, beratungskonformes	2004, 20	- Abwicklung nichtiger Verträge	
- Vorteile, wirtschaftliche		= Schadenersatz, § 823 Abs. 2 RBERG	2004, 18
= > bei steuerlichen Nachteilen	2004, 114	- Fördermittelberatung	2004, 33
		- Gesellschaftsverträge	2004, 18
<b>Kenntnis des Zivilrechts</b>		- Rechtsberatungsvertrag	
- BGH-Meinung		= Gewerkschaft, Mitglied	2004, 149
= Fristverlängerungsantrag	2004, 191	- Schadenersatz wg. verbotener >	2004, 18
<b>Klageänderung</b>		<b>Regressprozess</b>	
- Sachverhalt, Änderung des >	2004, 54	- Freistellungs- und Leistungsanspruch	2004, 9
		- Gerichtsstand	
<b>Leistungsklage</b>		= Handlung, unerlaubte	2004, 86
- Feststellungsklage	2004, 9	- Steuerforderung, nicht vollstreckbare	2004, 9
- Steuerforderung, nicht vollstreckbare	2004, 9		
		<b>Sachverständiger</b>	
<b>Lohnbuchhaltung</b>		- >, gerichtlicher	2004, 6
- Gehaltsbestimmung	2004, 99	- Sorgfaltspflicht des >	2004, 6
- Lohnsteuerhaftung			
= Erstattung vom Arbeitnehmer	2004, 123	<b>Schaden</b>	
= Schaden des Arbeitgebers	2004, 123	- Abfindungsvergleich	
- Meldung an Krankenkasse, fehlerhafte	2004, 139	= Steuerschaden	2004, 185
- Sozialversicherungsberatung		- Alternativgestaltung	2004, 20, 114
= Krankenversicherungsfreiheit	2004, 139	- Anwaltskosten	
- Tarifvertrag	2004, 99	= FG-Klage	2004, 185
		- Betriebsaufgabe	2004, 114
<b>Mitverschulden</b>		- Betriebsverpachtung	2004, 114
- Beratungsvertrag mit StB	2004, 127	- Differenzrechnung	2004, 48
- Insolvenzantrag, unterlassener	2004, 12	- Entnahme	2004, 114
- Sachgründungsbericht		- Erstattungsanspruch gg. Dritte	2004, 123
= Forderungen, Vollwertigkeit	2004, 9	- FG-Klage	
- Vorsatz des Geschädigten	2004, 88	= Verständigung, tatsächliche	2004, 48
		- Gesamtvermögensvergleich	
<b>Notar</b>		= Abfindung, Steuerschaden	2004, 185
- Abtretung, Steuererstattung	2004, 107	= Vermögen nach InsO-Antrag	2004, 12
- Belehrungspflichten		= vGA	2004, 48
= Klagemöglichkeit	2004, 25	- Gewinnausschüttung, verdeckte	2004, 48
= Vorleistungen, ungesicherte	2004, 136, 199	- Konsolidierung	
- Grundstücksgeschäft		= Umwandlung	2004, 20
= Umschreibung	2004, 107	- Liebhaberei	2004, 156
- Pflichtteilsentziehung	2004, 25	- Lohnsteuerhaftung	2004, 123
- Steuererstattung, Abtretung	2004, 107	- Reserven, stille, Aufdeckung	2004, 114
- Vollzugsreife		- Rückgriffsanspruch	2004, 123
= Steuerabtretung	2004, 107	- Schutzzweck	
- Vorleistungen, ungesicherte		= Vorsatz des Geschädigten	2004, 88
= Belehrung, doppelte	2004, 199	- Sozialversicherungsbeiträge	2004, 63
= Sicherheiten, vorrangige	2004, 136	- Steuervorteile	
		= >, entgangene	2004, 40
<b>Pflichtteilsentziehung</b>	2004, 25	- Umwandlung	2004, 20
		- Unternehmenserfolg, entgener	2004, 40
<b>Rechtsanwalt</b>		- Verluste	
- Erben, Erkundigung nach >	2004, 167	= Liebhaberei	2004, 156
- Gütertrennung		- Vermögensvergleich	2004, 20
= Zuwendungen, ehebedingte	2004, 77		
- Handlung, unerlaubte		<b>Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB</b>	
= Gerichtsstand	2004, 86	- Sachverständiger, gerichtlicher	2004, 6
- Nachlasspflegschaft, Antrag	2004, 167		
- Rechtsmittelfrist		<b>Schätzung</b>	
= Belehrungspflicht	2004, 25	- Säumniszuschläge	2004, 150
= Erfolgsaussichten	2004, 25		
= Nachfragepflicht?	2004, 25	<b>Sozialversicherung</b>	
- Tätigkeitsschwerpunkt		- Krankenkassenbeiträge	
= Hinweis auf >	2004, 169	= Nachforderung	2004, 63

- Nachforderung = Gegenleistungsprinzip	2004, 63	- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch = Anlass	2004, 150
<b>Sozietät</b>		- Einspruch	2004, 139
- Erklärung des Sozios	2004, 196	- Jahresmeldung	2004, 150
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		= Belehrungsbedürftigkeit	2004, 150
- Nichtigkeit, § 134 BGB		= Ende der >	2004, 150
= Rechtsberatung, unerlaubte	2004, 18	- Beratung, anwaltliche	2004, 150
<b>Steuererklärung</b>		- Beweislast	2004, 180
- Abgabe, rechtzeitige	2004, 150	= Fehler, gleichartiger, im Folgejahr	2004, 139
- Belehrungspflicht		= Lohnkonto, Jahresmeldung	2004, 180
= Frist zur Abgabe	2004, 150	= Wegfall der >	2004, 82
<b>Steuergestaltungsberatung</b> (s. auch Umwandlung)		- Stillhalteabkommen	2004, 161
- Alternativgestaltung	2004, 20	- Treuhandvertrag	2004, 161
- Einbringung Einzelfirma in GmbH	2004, 9	- Verjährungsbeginn	2004, 161
- Saldierung der Vor- und Nachteile	2004, 20	= Bauherrenverträge	2004, 150
<b>Steuerhaftung</b>		= Folgeschäden	2004, 180
- GmbH-Geschäftsführer		= Kenntnis des Mandanten	2004, 139
= Steuerberater	2004, 173	= Krankenversicherungsbeiträge	2004, 161
= Verschulden	2004, 173	= Mittelfreigabe	2004, 195
- Haftungssumme	2004, 173	= Nebenforderungen	2004, 72
<b>Steuerverkürzung, § 378 AO</b>		= Objektverbrauch	2004, 150
- > durch Steuerberater	2004, 66	= Säumniszuschläge	2004, 150
<b>Telefax/Telebrief</b>		= Schätzungsbescheid	2004, 150
- Ausgangskontrolle	2004, 67	- Bekanntgabe	2004, 139
- Sendebericht	2004, 67	= Sozialversicherungsprüfung	2004, 161
<b>Treuhand</b>		= Treuhänder	2004, 195
- Verjährung		= >, einheitlicher	2004, 72
= Steuerberater, § 68 StBerG	2004, 161	= Verlust der §§ 7b/10e-AfA	2004, 82
= Verjährungsbeginn	2004, 161	- Verjährungshemmung	2004, 82
<b>Umsatzsteuer</b>		= Rechtsausübung, unzulässige	2004, 82
- Abtretung, Steuererstattung	2004, 107	= Verhandlung	2004, 82
<b>Umwandlung</b> (s. auch Steuergestaltungsberatung)		- Verjährungsunterbrechung	2004, 82
- Alternativgestaltung	2004, 20	= Anerkenntnis	2004, 82
= Beweis der >		= Leistung des Versicherers	2004, 82
- Einbringung Einzelfirma in GmbH	2004, 9	- Verjährungsverzicht, konkludenter	2004, 45
= Belehrungspflichten		<b>Verjährungshemmung, § 204 BGB n.F.</b>	
- Gewerbesteuerpflicht,	2004, 20	- Klageerhebung	2004, 185
§ 18 Abs. 4 UmwStG	2004, 20	= > durch Ehegatten	2004, 185
- Saldierung der Vor- und Nachteile		- Mitgläubigerschaft, § 432 BGB	2004, 185
<b>Unterhaltsklage</b>		<b>Verjährungsunterbrechung</b>	
- Abänderungsklage, rückwirkende	2004, 119	- Anerkenntnis	2004, 82
- Unterhaltsvergleich		- Erklärung des Sozios	2004, 195
= Auslegung	2004, 119	- Leistung des Versicherers	2004, 82
<b>Unterschlagung</b>		<b>Verschwiegenheit</b>	
- Bilanzerstellung	2004, 88	- Aktenübergabe	2004, 38
- Buchführungsmandat	2004, 88	- Praxisverkauf	2004, 38
<b>Verjährung, § 51 BRAO a.F.,</b> <b>§ 51b BRAO n.F.</b>		- Strafverfolgungsmaßnahme	2004, 67
- Verjährungsbeginn		<b>Versicherungsschutz</b>	
= Risiken	2004, 145	- Belehrungspflicht	2004, 135
= Vertragsverhandlungen	2004, 145	- Beratungsbedürftigkeit	2004, 135
<b>Verjährung, § 68 StBerG, § 51 WPO a.F.</b>		- Risiken	2004, 135
- Arglisteinwand		- Serienschaden	2004, 3
= > gg. Verjährungseinrede	2004, 180	= Auftraggeber, verschiedene	2004, 3
		= Dauerverstoß	2004, 3
		= Zusammenhang, wirtschaftlicher	2004, 3
		<b>Waretermingeschäft</b>	
		- Belehrungspflichten	2004, 59
		- Steuerberater	2004, 59
		- Telefonverkäufer	2004, 59
		- Vermittler	2004, 59
		<b>Wiedereinsetzung</b>	
		- Antrag	2004, 176
		= PC-Absturz	

- = Sachvortrag
- > wg. Faxfehler 2004, 176
- > wg. PC-Absturz 2004, 176
- Erkrankung 2004, 173
- Krankheit
- = > des Prozessbevollmächtigten 2004, 173

#### Wirtschaftsprüfer

- Rechtsberatung
- = Gesellschaftsvertrag 2004, 18

#### Zugang

- Beweislast 2004, 33
- Steuerbescheid 2004, 33

#### Zurückbehaltungsrecht

- Arbeitsergebnisse 2004, 178
- DATEV-Daten 2004, 178

- BVerfG v. 27.2.2002 - 2 BvR 1979/01 2004, 67
- = WPK-Mitt 03, 70
- BVerfG v. 17.7.2002 - 2 BvR 1027/02 2004, 67
- = DStR 02, 1351

- BGH v. 5.11.2002 - VI ZB 40/02 2004, 136
- BGH v. 30.1.2003 - 3 StR 437/02 2004, 101
- = wistra 03, 232
- BGH v. 5.2.2003 - VIII ZB 115/02 2004, 43
- BGH v. 13.2.2003 - IX ZR 62/02 2004, 40
- BGH v. 10.4.2003 - VII ZR 383/02 2004, 76
- BGH v. 20.5.2003 - VI ZR 312/02 2004, 6
- BGH v. 27.5.2003 - VI ZB 77/02 2004, 38
- BGH v. 17.9.2003 - IV ZR 19/03 2004, 3
- BGH v. 30.9.2003 - VI ZB 60/02 2004, 136
- BGH v. 16.10.2003 - IX ZR 167/02 2004, 72
- BGH v. 23.10.2003 - IX ZR 324/01 2004, 107
- BGH v. 23.10.2003 - IX ZR 249/02 2004, 114
- BGH v. 5.11.2003 - XII ZB 140/02 2004, 136
- BGH v. 27.11.2003 - IX ZR 76/00 2004, 145
- BGH v. 5.1.2004 - II ZB 22/02 2004, 101
- BGH v. 12.2.2004 - III ZR 77/03 2004, 136
- BGH v. 12.2.2004 - IX ZR 246/02 2004, 139
- BGH v. 11.3.2004 - IX ZR 178/03 2004, 178
- = DStR 04, 1397
- BGH v. 17.5.2004 - II ZB 14/03 2004, 173
- BGH v. 17.5.2004 - II ZB 22/03 2004, 176

- Hans. OLG Hamburg v. 11.9.2002
- 1 StO 2/02 2004, 67
- = wistra 03, 77

- KG Berlin v. 16.1.2003 - 22 U 6803/99 2004, 161

- OLG Bamberg v. 18.2.2003 - 5 U 98/02 2004, 59

- OLG Celle v. 31.10.2002 - 13 U 117/02 2004, 169
- = OLG-Report 03, 31

- OLG Düsseldorf v. 19.2.2002 - 24 U 125/01 2004, 138
- OLG Düsseldorf v. 17.9.2002 - 24 U 7/02 2004, 131
- OLG Düsseldorf v. 19.11.2002 - 24 U 3/02 2004, 167
- OLG Düsseldorf v. 25.2.2003 - 23 U 7/02 2004, 127
- OLG Düsseldorf v. 13.5.2003 - 23 U 173/02 2004, 18
- OLG Düsseldorf v. 17.6.2003 - 23 U 185/02 2004, 54
- OLG Düsseldorf v. 1.7.2003 - 23 U 207/02 2004, 156
- OLG Düsseldorf v. 15.7.2003 - I-24 U 16/03 2004, 169

- OLG Düsseldorf v. 25.7.2003 - 23 U 135/02 2004, 48
- OLG Düsseldorf v. 29.7.2003 - I-24 U 70/03 2004, 87
- OLG Düsseldorf v. 9.9.2003 - 23 U 191/02 2004, 12
- OLG Düsseldorf v. 9.9.2003 - 23 U 194/02 2004, 9
- OLG Düsseldorf v. 14.10.2003 - 23 U 8/03 2004, 45
- OLG Düsseldorf v. 14.10.2003 - 23 U 208/02 2004, 195
- OLG Düsseldorf v. 27.11.2003 - I-24 U 176/03 2004, 86
- OLG Düsseldorf v. 9.12.2003 - 23 U 179/02 2004, 82
- OLG Düsseldorf v. 16.12.2003 - I-24 U 73/03 2004, 77
- OLG Düsseldorf v. 19.12.2003 - 23 U 41/03 2004, 123
- OLG Düsseldorf v. 9.1.2004 - 23 U 34/03 2004, 150
- OLG Düsseldorf v. 19.1.2004 - I-24 U 194/03 2004, 191
- OLG Düsseldorf v. 30.1.2004 - 23 U 68/03 2004, 185
- OLG Düsseldorf v. 2.2.2004 - 24 U 171/03 2004, 149
- OLG Düsseldorf v. 23.3.2004 - 23 U 66/03 2004, 182
- OLG Düsseldorf v. 30.3.2004 - 23 U 80/03 2004, 180

- OLG Frankfurt v. 30.1.2002 - 7 U 108/01 2004, 135

- OLG Köln v. 10.7.2002 - 6 U 76/02 2004, 33
- = MDR 02, 1340
- OLG Köln v. 29.8.2002 - 8 U 5/02 2004, 88
- OLG Köln v. 28.3.2003 - 19 U 171/02 2004, 25
- OLG Köln v. 10.4.2003 - 8 U 75/02 2004, 20

- OLG Naumburg v. 28.6.2001 - 2 U 15/01 2004, 67
- = OLG-Report 02, 153
- OLG Naumburg v. 5.3.2002 - 1 U 137/01 2004, 38
- = WPK-Mitt 03, 75
- OLG Naumburg v. 29.4.2002 - 1 U 150/01 2004, 93

- OLG Schleswig v. 26.9.2002 - 11 U 33/01 2004, 169
- = OLG-Report 03, 197
- OLG Schleswig v. 5.2.2004 - 11 U 108/02 2004, 119
- OLG Schleswig v. 1.4.2004 - 11 U 184/02 2004, 199
- = OLG-Report 04, 390

- LG Bonn v. 1.10.2002 - 15 O 228/02 2004, 99

- AG Brandenburg v. 1.7.2003 - 32 C 665/99 2004, 27

- BFH v. 6.11.2002 - XI R 85/00 2004, 33
- = BFH/NV 03, 585
- BFH v. 27.11.2002 - X R 17/01 2004, 33
- = BFH/NV 03, 586
- BFH v. 19.12.2002 - IV R 37/01 2004, 66
- = wistra 03, 312
- BFH v. 12.5.2003 - GrS 1+2/00 2004, 2
- BFH v. 11.9.2003 - VI B 101/03 2004, 3
- BFH v. 18.9.2003 - X R 2/00 2004, 37
- BFH v. 30.9.2003
- IX R 2/00, 7/03 + 09/03 2004, 37
- BFH v. 2.10.2003 - IV R 13/03 2004, 36
- BFH v. 4.11.2003 - VI R 96/01 2004, 71
- BFH v. 10.12.2003 - IX R 12/01 2004, 104
- BFH v. 16.12.2003 - IX R 46/02 2004, 70
- BFH v. 17.12.2003 - IX R 60/98 + 56/03 2004, 104
- BFH v. 19.2.2004 - III R 54/01 2004, 105
- BFH v. 19.2.2004 - VI R 135/01 2004, 106
- BFH v. 26.2.2004 - IV R 50/01 2004, 106
- BFH v. 4.5.2004 - VII B 318/03 2004, 173
- = BFH/NV 04, 1363

- Niedersächs. FG v. 21.4.2004 - 4 K 317/91 2004, 173

- SG Aachen v. 10.1.2003 - S 8 RA 94/02 2004, 63